Inhaltsverzeichnis für „Ostland", Jahrgang 1933.

Allgemeines.

Revisionsfrage, Ostpolitik.

Danzig und Gdingen.

Polen und andere Staaten

(siehe auch Abschnitt „Ostpolitik").

Südostpolitik.

Rüstungsfragen.

Die Judenfrage.

Nationale Minderheiten in Deutschland.

Minderheiten in Polen.

Neues aus Polen.

Litauen und die Baltischen Staaten.

Aufbauarbeit im Osten.

Der Bund Deutscher Osten.

Unterhaltung usw.

„Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten aufgehört hat. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft."

(Adolf Hitler.)

Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben!   „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 1.	Berlin, 1. Januar 1933	14. Jahrg.

Zum Jahreswechsel.

Trotz aller Wirrnisse der Zeit ist im abgelaufenen Jahr im Inland und erfreulicherweise auch im Ausland die Erkenntnis in immer weitere Kreise gedrungen, daß grundlegende Abänderungen der Diktate von Versailles usw. eine unerläßliche Notwendigkeit für die endgültige Herbeiführung eines sicheren Friedenszustandes und für die Sicherheit der Staaten sind. Insbesondere ist die Erkenntnis auf dem Marsch, daß das unselige Gebilde des Weichselkorridors völlig unhaltbar ist, daß die Grenzverhältnisse im Osten so schnell wie möglich neu geregelt und die Deutschland durch Versailles geraubten Ostgebiete ihm zurückgegeben werden müssen.

Wir danken nicht nur allen Mitgliedern, sondern allen deutschen Männern und Frauen, die im vergangenen Jahr wie in den Jahren vorher tatkräftig und zäh in der Richtung dieses Zieles mitgewirkt haben, weisen sie darauf hin, daß die Ostfragen heute mehr denn je im Mittelpunkt der Weltpolitik stehen und rufen daher auf zu entschlossener Fortsetzung des Kampfes für die Wiedergutmachung des Unrechts am Osten und zu tatkräftiger Beteiligung aller deutschen Männer und Frauen an diesem Kampf. Das große Werk der Ostkolonisation war die größte Tat der deutschen Geschichte. Das gesamte deutsche Volk muß heute für dieses Werk der Väter mit wirksamer Entschlossenheit eintreten, um im Osten wieder freie Bahn zu schaffen für die Kulturmission des deutschen Volkstums, um die blutende Grenze zu beseitigen, den das deutsche Reichsgebiet durchschneidenden Weichselkorridor aus der Welt zu schaffen, auch die übrigen uns entrissenen Ostgebiete wieder heim ins Reich zu bringen und so die Grundlage für wirtschaftlichen Aufstieg und kulturelles Gedeihen des Ostens und damit eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Wiederaufstieg des Vaterlandes zu schaffen.

In dieser für die Zukunft unseres Volkstums so überaus wichtigen Frage darf es keine Parteizerrissenheit und keine Uneinigkeit geben. Geschlossener denn je muß das deutsche Volk eintreten für die Beseitigung der unhaltbaren Zustände, die das Grenzunrecht im Osten geschaffen hat, für die Wiederherstellung einer gesunden Grenze, für die Beseitigung des maßlosen wirtschaftlichen Elends im Osten in Stadt und Land, für die Sicherung der Rentabilität der Landwirtschaft und des im großen Stil zu schaffenden Siedlungswerkes, durch das zugleich Handel und Wandel sowie das Kulturleben in den Städten neu belebt werden muß. Eine gesunde Bevölkerungspolitik muß dieses Siedlungswerk stützen und die Anteilnahme aller deutschen Gaue und aller Bevölkerungsschichten sichern, und durch eine gesunde West-Ost-Bewegung den industriellen Westen entlasten und den dünn bevölkerten Ostprovinzen neues Menschentum zuführen, das auf eigenem Grund und Boden für sich und die Nachkommen eine neue Quelle des Glückes und des Wohlstandes schaffen, das zugleich aber über den deutschen Volksboden im Osten zu einem unüberwindlichen Wall deutschen Volkstums gegen den Andrang der slawischen Flut werden kann und muß. Einig und geschlossen in diesem Sinne zielbewußt und unablässig tätig zu sein ist das Gebot der Stunde nicht nur für alle deutschen Ostmärker, sondern für alle deutschen Männer und Frauen. Möge das neue Jahr diese Einigkeit und Geschlossenheit schaffen und stärken und uns vorwärts bringen auf dem Wege zu diesem großen nationalen Ziel. Seine Erreichung ist die große Aufgabe, die dem gegenwärtigen Geschlecht gestellt ist. Möge es nichts unversucht lassen, um vor der Zukunft bestehen zu können.

Das Präsidium des Deutschen Ostbundes.

Ginschel. Schmid.

Eine große Kundgebung

im Plenarsaal des Herrenhauses

findet Sonnabend den 14. Januar 1933, abends 8 Uhr, statt.

Sie gilt in erster Linie einem Protest gegen den vor zehn Jahren erfolgten Raub des Memellandes und gegen die vor einem Jahr in die Wege geleitete neue Vergewaltigung der Memelländer.

Veranstaltet vom Memellandbund, wird sie unterstützt vom Deutschen Ostbund und anderen Ostverbänden.

Die Mitglieder des Deutschen Ostbundes werden gebeten, möglichst zahlreich an dieser Kundgebung teilzunehmen.

Paul-Boncour und die Ostgrenzenfrage.

Joseph Paul-Boncour hat in einer Zeit die Führung der französischen Politik übernommen, in der diese Politik im wesentlichen in die Defensive zurückgedrängt scheint. Neben der Lösung der Kriegsschuldenfrage wird es seine wichtigste Aufgabe sein, zu verhindern, daß die deutsche Revisionspolitik gegen die territorialen Bestimmungen des Versailler Diktates vorgeht, nachdem unter das Reparationsproblem auf der Lausanner Konferenz ein Strich gemacht und die wehrpolitische Gleichberechtigung Deutschlands durch die Fünfmächte-Erklärung vom 11. Dezember wenigstens theoretisch anerkannt worden ist. Paul-Boncour selbst scheint die gegenwärtige weltpolitische Situation so zu verstehen, daß Frankreich sich in seinem Widerstande gegen die deutsche Revisionspolitik auf dem Rückzug befindet und daß er als französischer Ministerpräsident und Außenminister im Augenblick die Aufgabe hat, diesen Rückzug nach Möglichkeit zu verzögern. Man muß zugeben, daß er nach dem Zusammenbruch der „Locarno-Linie" Briands als französischer Delegierter auf der Abrüstungskonferenz seine große Geschicklichkeit in der Durchführung hinhaltender Rückzugsgefechte unter Beweis gestellt hat. Er ist unter den derzeitigen Verhältnissen für Frankreich der gegebene Mann und für Deutschland ein gefährlicher Gegner. Seine Taktik ist es, sich vom Wortlaut des Versailler Diktates zu lösen, weil er unhaltbar geworden ist, aber das System, das durch dieses Diktat begründet worden ist, zu erhalten. Er will über den Teil V des Diktates verhandeln, aber nicht um Deutschland die wehrpolitische Gleichberechtigung zuzuerkennen, sondern um deren praktische Durchführung um so wirksamer zu stören. Er ist der Schöpfer jener einzigartigen Gesetzgebung, durch die in Frankreich die allgemeine Wehr- und Verteidigungspflicht auf die gesamte Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder nicht ausgenommen, ausgedehnt worden ist; und er ist der Initiator jenes französischen „Abrüstungsplanes", dessen Verwirklichung wohl den Teil V des Diktotes umstoßen, dabei aber das militärische übergewicht Frankreichs in Europa verewigen würde.

Paul-Boncour ist der Auffassung, daß das Versailler System auf eine neue Rüstungsbasis gestellt werden muß, weil die alte Basis unhaltbar geworden ist. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß der Kampf um das Versailler System mit der Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz in ein entscheidendes Stadium tritt. Und zwar wird Frankreich den Kampf in Zukunft nicht mehr so sehr um den Bestand des Diktates, als um die Art seiner Abänderung führen. Es wird revediert werden; es fragt sich nur: wie? Paul-Boncours „Revisionsplan" ist im wesentlichen in dem französischen „Abrüstungsvorschlag" enthalten. Einen wichtigen Bestandteil dieses Vorschlages bildet die Genfer Generalakte, die Deutschland jeder Möglichkeit einer Revision der terrotorialen Bestimmungen des Versailler Diktates und selbst der Möglichkeit einer Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundspaktes beraubt. Entgegen der amtlichen deutschen Auffassung, daß die wehrpolitische Gleichberechtigung in der Fünfmächte-Erklärung vom 11. Dezember bereits grundsätzlich festgelegt ist und daß sich der Begriff der Sicherheit dort nur auf militärische Fragen bezieht, steht Paris auf dem Standpunkt, daß die Gleichberechtigung [illegible] Erklärung nicht als Voraussetzung und Grundsatz, sondern nur als ein Endziel der Arbeiten der Abrüstungskonferenz anerkannt worden sei und daß die naturgemäße Vorbedingung ihrer Verwirklichung die Schaffung eines Systems der Sicherheit sei, das auch die Territorialfragen umfaßt. Rüstungs- und Grenzfragen sind nach französischer Auffassung nicht voneinander zu trennen. Das ist an sich nichts Neues. Bisher hat noch jeder französische Außenminister versucht, die Zugeständnisse, die er unter dem Druck der Verhältnisse dem deutschen Partner hat einräumen müssen, von einem „freiwilligen" deutschen Verzicht auf die entrissenen Gebiete abhängig zu machen. Der Zusammenhang zwischen der Grenzrevisionsfrage und den anderen Revisionsproblemen ist aber wohl niemals so deutlich zutage getreten wie jetzt, und voraussichtlich wird die Verquickung der verschiedenen Probleme von Frankreich auf der Abrüstungskonferenz energischer und unerbittlicher vertreten werden als jemals zuvor. Denn — vom französischen Standpunkte aus gesehen — ist die wehrpolitische Gleichberechtigung, nachdem die Tribute und die Anleihen als Erpressungsmittel versagt haben, „der letzte große Trumpf", den Frankreich in der Grenzgarantiefrage gegen Deutschland ausspielen kann. Demnach wird in Genf unter Umständen nicht nur das Abrüstungsproblem, sondern auch die Ostgrenzenfrage zur Diskussion gestellt werden; und zwar wird das aller Voraussicht nach nicht im deutschen Sinne, also nicht im Sinne einer positiven Revision, sondern im Sinne einer Garantie der gegenwärtigen Grenzen geschehen.

Paul-Boncour hält nach allem, was man von ihm weiß, an der Unabänderlichkeit der Versailler Grenzen mit derselben Unbeirrbarkeit wie alle seine Vorgänger fest. Er gilt als ein unbedingter Anhänger der These, daß „Frankreichs Grenzen an der Weichsel liegen", daß „derjenige, der Thorn bedroht, Straßburg bedroht", daß „das Schicksal von Metz mit dem Schicksale Prags zusammenhängt" und daß Belgrad den Franzosen „ebenso teuer sein muß wie Löwen oder die Städte im zerstörten Nordfrankreich". Es ist daher kein Wunder, daß er von der polnischen Presse als französischer Ministerpräsident mit Freude und mit viel größerem Vertrauen begrüßt wird, als seinerzeit Herriot, der manchen Kreisen in Polen wegen seiner vermeintlichen Gegnerschaft gegen das französisch-polnische Militärbündnis verdächtig erschien, begrüßt worden ist. „Für Polen ist es wichtig", schrieb das Krakauer Regierungsblatt, der „Ilustrowany Kurjer Codzienny", „daß Paul-Boncour ein aufrichtiger und überzeugter Freund des polnischen Volkes ist. Das polnisch-französische Bündnis ist für ihn eine der unerschütterlichen Richtlinien, auf denen sich seiner Ansicht nach jede französische Außenpolitik aufbauen muß. . . . Man hat ihn", heißt es dann weiter, „ironisch den ‚polnischen Soldaten' genannt, wobei man an eine seiner Reden anknüpfte, in der er erklärt hat: der polnische Soldat habe eine große kulturelle Mission zu erfüllen."

Aber — als Unterstaatssekretär ist mit Paul-Boncour ins Außenministerium Pierre Cot gekommen, dem man in Polen trotz der Loyalitätserklärungen, die er kürzlich gelegentlich eines Besuches in Warschau abgegeben hat — nicht recht traut, weil er sich früher wiederholt über eine bedingte Revision der deutsch-polnischen Grenzen befürwortend geäußert hat. Hält Paul-Boncour seinen Unterstaatssekretär durch die Loyalitätserklärungen seinen polnischen Feinden gegenüber für genügend „rehabilitiert"? Oder gedenkt er, sich durch ihn in der Ostgrenzenfrage einen Rückzugsweg offenzuhalten? Etwa weil er mit der Möglichkeit rechnet, daß er für die alte These von der „Heiligkeit der Verträge", die er wenigstens hinsichtlich der territorialen Bestimmungen dieser Verträge nicht preisgeben möchte, bei den ehemaligen Verbündeten und den Neutralen, was den Korridor anlangt, keine Gefolgschaft mehr findet? Es ist für ihn, der seine Ministerpräsidentschaft einer Kammermehrheit verdankt, die sich soeben ohne Scheu über einen rechtsgültigen Vertrag hinweggesetzt hat, nicht ganz leicht, den Anderen gegenüber von der „Unverletzlichkeit der Verträge" zu sprechen. Es ist, nachdem das Versailler Diktat in wichtigen Teilen bereits durchbrochen ist, nicht mehr so einfach, die Anderen von der Unmöglichkeit einer Revision auch der anderen Teile zu überzeugen. Und es klingt angesichts der Beunruhigung, die die Welt wegen der Korridorfrage erfaßt hat, nicht mehr überzeugend, wenn ausgerechnet die Verewigung des heutigen Grenzzustandes als Grundlage des Weltfriedens hingestellt wird.

*

Der „Temps" schlägt Alarm.

Der Berliner Korrespondet des „Temps" will von seiten der „militärischen Umgebung" des Reichskanzlers erfahren haben, daß Deutschland demnächst einen Vorstoß in der Frage der territorialen Bestimmungen des Versailler Diktates, insbesondere in der Korridorfrage zu unternehmen gedenke. Wenn Frankreich — so stellt der „Temps"-Korrespondent die Auffassung dieser Kreise um Schleicher dar — für sich die Sicherheit wolle, so könne es das am besten durch einen Vertrag mit Deutschland erreichen, der diesem zur Befriedigung seiner Forderungen verhelfe. Der Kanzler habe die Absicht, die Genfer Abrüstungskonferenz zu überraschen und die Grenzrevision in dem Augenblick zur Sprache zu bringen, in dem andere Mächte die [illegible] sich dabei keinen Illusionen hin, aber er halte es für günstig, daß dadurch die Geister in Bewegung gesetzt und zur Stellungnahme gezwungen würden. — Die Absicht dieses Berichtes des „Temps"-Korrespondenten liegt ziemlich klar auf der Hand. Er will die französische Öffentlichkeit davor warnen, Deutschland irgendwelche Zugeständnisse auf politischem Gebiete zu machen, weil jedes Zugeständnis nur dazu führen werde, daß Deutschland immer weitergehende Forderungen erhebt.

„La Pomeranie Polonaise."

Unter dem Titel „La Pomeranie Polonaise" (Das polnische Pommerellen) ist in Paris ein 478 Seiten starkes illustriertes Werk über das Korridorproblem erschienen. Das Buch ist von Kasimir Smogorzewski verfaßt und wird vom „Kurjer Warszawski" als „Livre définitive sur le problème du corridor" (endgültiges Buch über das Korridorproblem) bezeichnet.

Der privilegierte Durchgangsverkehr.

Nach der bisherigen Praxis war es umstritten, ob die privilegierten Durchgangszüge auch von Reisenden mit internationalen Fahrkarten zur Fahrt durch den Korridor benutzt werden konnten. Während die Deutsche Regierung grundsätzlich das Recht für sich in Anspruch nahm, den internationalen Verkehr unter den vorgesehenen Privilegien durchzuführen, vertrat die polnische Regierung die Ansicht, daß die Benutzung der privilegierten Züge lediglich den Reisenden im Binnenverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland gestattet worden ist. Es sind zwar bereits gewisse Erleichterungen geschaffen worden, aber sie reichten nicht aus. Das neue deutsch-polnische Abkommen, das kürzlich abgeschlossen wurde, stellt eine Erweiterung der bereits früher vereinbarten Erleichterungen dar, ohne der Entscheidung der grundsätzlichen Streitfrage vorzugreifen.

Briefmarken mit der neuen Ostgrenze?

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder) will beim Reichspostministerium die Herausgabe einer Briefmarke anregen, die die jetzigen dentschen Ostgrenzen und den Umfang des verlorenen Gebietes klar zur Darstellung bringen. Derartige Briefmarken wären sicher eine ausgezeichnete Ostpropaganda.

Die ostoberschlesische Autonomie.

Am 15. Juli 1920, also zu einer Zeit, in der Oberschlesien noch ungeteilt zum Deutschen Reiche gehörte, hatte der Warschauer Sejm durch die Annahme eines Autonomiegesetzes den Oberschlesiern für den Fall, daß sie sich bei der im Versailler Diktat vorgesehenen Volksabstimmung für Polen entscheiden, eine weitgehende Selbstverwaltung versprochen. Dieses Versprechen hat in der polnischen Abstimmungspropaganda keine geringere Rolle als die berühmte Kuh Korfantys gespielt. Zahlreiche Oberschlesier haben im Jahre 1921 zweifellos nur deshalb für Polen gestimmt, weil sie dem Versprechen des Warschauer Parlamentes vertrauten, daß ihrer oberschlesischen Heimat im Rahmen des polnischen Staates das Recht, sich auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete selbst zu verwalten und entsprechend ihrer Sonderheit nach eigenen Gesetzen zu leben, für immer gesichert sein würde. Aber mit der Selbstverwaltung ist es geworden wie mit der Kuh, welche die Mutter Polen jedem ihrer oberschlesischen Kinder in den Stall zu stellen versprach. Seit dem Warschauer Sejmbeschluß sind mehr als zwölf Jahre und seit der Zuteilung Ostoberschlesiens zu Polen über zehn Jahre vergangen, aber der Kattowitzer Sejm ist bis heute noch nicht dazu gekommen, das damals angekündigte Gesetz über die innere Verwaltung der Wojewodschaft Schlesien zu beschließen. Den Machthabern der Warschauer Zentrale hat es mit der Einlösung ihres seinerzeitigen Versprechens durchaus nicht geeilt, und auch Korfanty ließ sich vor dem Maiumsturz von 1926 nicht gern an diese moralische Verpflichtung, mit der er während des Abstimmungskampfes die gutgläubigen Kumpels und Kuhbauern für die polnische Sache geködert hatte, erinnern. Die Wojewodschaft Schlesien ist bisher schlecht und recht — mehr schlecht als recht — auf Grund eines provisorischen Statuts weniger selbst- als zwangsverwaltet worden. Die wiederholten Vorstöße der oberschlesischen Parteien, Warschau zur Einlösung des feierlich gegebenen Versprechens, das nicht nur eine moralische, sondern auch eine positive Verpflichtung darstellt, zu zwingen, sind erfolglos geblieben. Jetzt endlich scheint Warschau die Zeit für gekommen zu halten, jetzt endlich scheint es zu glauben, daß die Erinnerung an das seinerzeitige Versprechen in der oberschlesischen Bevölkerung hinreichend verblaßt ist, daß der Selbstverwaltungswille genügend zermürbt, die Wojewodschaft ausreichend mit landfremden Elementen aus dem Osten durchsetzt ist und daß die aus Kongreßpolen und Galiziern bestehende Bürokratie fest genug im Sattel sitzt, um von sich aus ein „Autonomiegesetz“ dem Kattowitzer Sejm vorlegen zu können. Der Gesetzentwurf ist im Kattowitzer Sejm mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden. Wenn er nun trotzdem einer Kommission zur weiteren Beratung zugewiesen worden ist, so verbindet, wie Korfanty gesagt hat, die oppositionelle Mehrheit damit die Hoffnung, daß es der Kommission gelingen werde, mit scharfen Messern die Sanacja-Auswüchse aus diesem Projekt herauszuschneiden; der Entwurf entspricht nicht im entferntesten dem Gedanken der versprochenen Autonomie. Sein Ziel ist nicht die gesetzliche Verankerung, sondern die Beseitigung der heute noch im provisorischen Statut wenigstens teilweise enthaltenen Rechte. Die polnische Regierung sucht diese grundsätzliche Absage an die Autonomie damit zu rechtfertigen, daß — wie es in der Begründung des Gesetzentwurfs heißt — „die Voraussetzungen des Jahres 1920 heute nicht mehr gegeben“ seien, und „das schlesische Volk eine einheitliche Behandlung innerhalb des polnischen Staates wünsche“, — eine Behauptung, deren Unhaltbarkeit schon dadurch bewiesen wird, daß sich der Regierungsblock, der allein hinter dem Gesetzentwurfe steht, trotz der Terrorwahlen von 1930 mit 19 von 48 Sejmabgeordin der Minderheit befindet.

Das neue Gesetz gliedert sich in sieben Abschnitte mit weit über hundert Artikeln. Ein kurzer Überblick über die wesentlichen Bestimmungen zeigt, worauf es der polnischen Regierung vor allem ankommt. Sie will die deutsche Minderheit nach Möglichkeit ganz aus dem Kattowitzer Teilgebietslandtage verdrängen. Wichtig ist hier z. B., daß sich in dem Abschnitt des Gesetzentwurfes, der die Wahlordnung enthält, keine Bestimmungen über die Geheimhaltung der Wahl durch Wahlzellen u. dgl. finden, wodurch für den Aufständischenverband des Wojewoden Grazynski die Möglichkeit gewissermaßen gesetzlich sanktioniert wird, die 1930 „bewährten“ Methoden, durch Terror eine offene Wahl zu erzwingen, zu wiederholen und die Wähler auf ihre „staatstreue Gesinnung“ zu kontrollieren. Im übrigen läuft der Inhalt des Gesetzentwurfes darauf hinaus, den Einfluß des Wojewoden gegenüber dem Sejm und dem Wojewodschaftsrate zu stärken. Der Sejm soll aus 54 (statt bisher 48) Mitgliedern, der Wojewodschaftsrat aus fünf vom Seim gewählten Mitgliedern bestehen. Der Wojewode, der den Vorsitz im Wojewodschaftsrate führt, wird nicht von den Selbstverwaltungskörperschaften der Wojewodschaft gewählt, sondern ohne deren Anhörung von Warschau ernannt; er ist lediglich der Zentralregierung verantwortlich und besitzt den Selbstverwaltungskörperschaften gegenüber nur Rechte, aber keine Pflichten. Der Wojewode (oder auch die Staatsregierung selbst) ist in der Lage, alle unbequemen Beschlüsse des Sejms zu verhindern und diesem den Willen der Regierung aufzuzwingen. Gesetzentwürfe, die der Wojewode im Auftrage der Regierung einbringt, müssen auf sein Verlangen als dringlich behandelt werden. Wenn andererseits Gesetzentwürfe vom Wojewodschaftsrat oder von Abgeordneten eingebracht sind, dann kann der Minister, in dessen Amtsbereich sie fallen, die Aussetzung der Beratung bis zur Bekanntgabe der Ansicht der Regierung verlangen. Auf diese Weise können unerwünschte Initiativanträge ohne weiteres abgebogen werden. Wenn das Budget vom Sejm nicht innerhalb von drei Monaten verabschiedet wird, dann setzt es einfach der Wojewode von sich aus gesetzlich in Kraft. Gegenüber dem Wojewodschaftsrat hat der Wojewode das Recht, Beschlüsse, die nach seiner Ansicht den Wirkungsbereich des Wojewodschaftsrats überschreiten, zu suspendieren. Andererseits kann er in dringenden Angelegenheiten Entscheidungen treffen, die einen Beschluß des Wojewodschaftsrates ersetzen und praktisch nicht mehr aufhebbar sind. Demnach sind Sejm und Wojewodschaftsrat nicht viel mehr als Vollzugsorgane des Wojewoden, des Sachwalters der Zentralregierung. Sie können Verhandlungen führen, die, wenn sie den Warschauer Machthabern unbequem sind, abgestoppt werden können; sie können Beschlüsse fassen, die, wenn sie den Warschauer Machthabern nicht passen, nicht in Kraft treten werden; sie können die Regierungsmaßnahmen kritisieren, soviel es ihnen beliebt, aber sie werden nicht verhindern können, daß diese Maßnahmen über ihre Köpfe hinweg trotzdem in Kraft gesetzt werden; sie können das Budget ablehnen, aber nach drei Monaten müssen sie es entweder annehmen oder zusehen, wie es gegen ihren Protest Gesetzeskraft erhält. Mit Autonomie hat das nichts mehr zu tun. Das ist eine zynische Verhöhnung des Selbstverwaltungsgedankens.

Wie sehr die Warschauer Regierung die Autonomie, den Willen der oberschlesischen Bevölkerung, achtet oder vielmehr mißachtet, geht besonders deutlich aus einer Bestimmung hervor, die in dem Gesetzentwurf — nicht enthalten ist: die Möglichkeit des Volksentscheides, die im Artikel 14 des Autonomiegesetzes von 1920 vorgesehen war, fehlt in dem jetzigen Entwurf. In der Begründung heißt es, von der Möglichkeit des Volksentscheides sei kein Gebrauch gemacht worden, weil „dagegen vor allen Dingen die Rücksicht auf die äußerst großen Unterschiede in der Bevölkerung der Wojewodschaft in beruflicher Hinsicht, ferner hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage, in welcher sich die einzelnen Gruppen befinden, sowie hinsichtlich der Nationalität und Religion“ sprächen. Es sei zu befürchten, heißt es weiter, daß Abstimmungen der gesamten Bevölkerung zu einer Verschärfung der Gegensätze führen und das Abstimmungsergebnis allzu oft „die zahlenmäßige Übermacht einer Gruppe der Allgemeinheit zum Ausdruck bringen“ würde, die unter Wahrung ihrer Interessen mit den „Interessen der Gerechtigkeit (!) und einer auf weite Sicht berechneten Verwaltungspolitik“ nicht rechne. Die Begründung sieht ferner die verschiedenartige berufliche Zusammensetzung in der Wojewodschaft als geeignet an, die Bedeutung eines Volksentscheids zu beeinträchtigen, und lehnt schließlich den Volksentscheid wegen der hohen Kosten, die er verursache, ab. Viel Worte um eine sehr einfache Sache! Die Regierung weiß sehr genau, daß das, was sie mit den „Interessen der Gerechtigkeit“ meint, und was sie als „auf weite Sicht berechnete Verwaltungspolitik“ bezeichnet, von der ostoberschlesischen Bevölkerung ebenso wenig gebilligt werden wird, wie es von dieser bisher für gut und den Interessen Oberschlesiens entsprechend befunden worden ist. Sie kann es nicht wagen, ihre Politik der Kritik des Volkes durch einen Volksentscheid auszusetzen. Sie sieht keine verfassungsmäßige Möglichkeit, einen Volksentscheid ebenso einfach zu mißachten und zu übergehen, wie sie es mit den Beschlüssen des Sejms und des Wojewodschaftsrates vorhat, weil es eben der Sinn des Volksentscheids ist, den Beschlüssen aller Instanzen übergeordnet zu sein. Die Anerkennung eines solchen Rechtes des ostoberschlesischen Volkes, auch gegen den Willen des Wojewoden und der Zentralregierung (wenn auch bloß im Rahmen verfassungsmäßiger Möglichkeiten) zu entscheiden, paßt nicht in einen Gesetzentwurf, dessen Sinn es ist, das Selbstverwaltungsrecht der schlesischen Wojewodschaft zu unterdrücken. Mit denselben Argumenten, mit denen hier die Zweckmäßigkeit des Volksentscheides verneint wird, läßt sich auch jede parlamentarische Regierungsform verneinen, ließe sich ebenso gut (bzw. ebenso schlecht) die Beseitigung auch des schlesischen Teilgebietslandtages begründen. Es sind die Argumente einer Regierung, die diktatorisch (oder wie man heute sagt: autoritär) regieren möchte, aber nicht den Mut hat und nicht ehrlich genug ist, zu sagen, was sie eigentlich will. Ihr Wille aber ist: die Vernichtung der ostoberschlesischen Autonomie, die vorbehaltlose Unterordnung des oberschlesischen Volkes unter den Machtwillen der Warschauer Zentrale, der Bruch eines feierlich gegebenen Versprechens, die Zerstörung alles dessen, was an eine 700jährige Vergangenheit erinnert, während welcher das Land nicht dem polnischen Staate angehört hat. Die Vollendung dieses selbstverwaltungsfeindlichen Werkes wäre dann die Zerschlagung der geschichtlichen Ostgrenzen der schlesischen Wojewodschaft, die Vergrößerung dieser Wojewodschaft durch östliche Nachbarkreise, die historisch, völkisch, sozial und kulturell zu einem ganz anderen Lebensraume gehören, dessen Geist und Art aber dem ehemals deutschen Lande aufgedrückt werden soll.

Französische Eisenbahnpolitik in Osteuropa.

Frankreich hat nach dem Kriege große Kapitalien im Anleihewege in die ost- und südeuropäischen Staaten gegeben; man schätzt diese Summen auf 11 bis 12 Milliarden Franken. Es ist nicht die Absicht der Pariser Geldgeber gewesen, den bedachten Staaten wirklich zu helfen. Auch wenn die Beträge noch größer gewesen und wenn sie in anderer, wirksamerer Form gegeben worden wären, hätten sie die tiefen Schäden, die die politische Neugestaltung nach dem Kriege dem gesamten Ostraume zugefügt hat, nicht beheben und ausgleichen können. Frankreichs Absicht ist es gewesen, diese Staaten in ständiger Geldverlegenheit, in ständiger finanzieller und damit politischer Abhängigkeit von sich zu erhalten. Es hat sich um ausgesprochen politische Kredite gehandelt. Frankreich kann sich daher auch nicht darüber beklagen, wenn die Schuldner nicht mehr daran denken, die Kredite zu verzinsen und zu amortisieren. Dazu haben diese um so weniger Anlaß, als sie ja sehen, daß Frankreich selber sich weigert, seine Kriegsschulden zu zahlen. Wer so wider Treu und Glauben handelt, trotzdem er sich in relativ günstiger finanzieller Lage befindet, wer wegen einer Ratenzahlung von 80 Millionen einen internationalen Konflikt heraufbeschwört und eine Regierung stürzt, obwohl er über einen Goldschatz von mehr als 100 Milliarden verfügt, der hat gar keinen Grund, sich über die Zahlungsunwilligkeit von Schuldnern aufzuregen, die keine Reserven besitzen und die tatsächlich nicht wissen, womit sie die Anleihen, die ihnen zumeist zu unproduktiven Zwecken geliehen worden sind, zurückzahlen sollen. In Paris hat man sich anscheinend auch schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß von den nach Osten geliehenen Milliarden nicht mehr viel in die französischen Kassen zurückfließen wird. Zugleich sieht man wohl auch, daß die Anleihemethoden in einer Situation wie derjenigen, in der sich die Ost- und namentlich die Südoststaaten befinden, nicht mehr geeignet sind, die ihnen zugedachte politische Funktion zu erfüllen.

Angesichts dieser Lage verfolgt man in Paris einen Plan, von dem man hofft, daß er nicht nur die Rückzahlung der Anleihen zu sichern, sondern auch deren bisherige politische Wirkung zu erhalten vermag. Der Plan ist an sich nicht neu. Er wurde von Frankreich schon während des Krieges erwogen; er hat schon auf der im Jahre 1917 in Paris abgehaltenen Wirtschaftskonferenz der Ententestaaten eine Rolle gespielt, als diese Staaten sich daran machten, Pläne für die Fortsetzung des Krieges nach dem Friedensschlusse zu schmieden. Er bezieht sich auf die Beherrschung des Eisenbahnnetzes der osteuropäischen Staaten durch Frankreich. Man denkt in Paris an die Staatsbahnen der Tschechoslowakei, Polens, Lettlands, Estlands, Litauens, Ungarns, Rumäniens, Südslawiens, Bulgariens und Österreichs, die in einer internationalen, natürlich völlig unter französischem Einfluß stehenden Gesellschaft mit dem Sitz in Prag zusammengefaßt werden sollen. Das soll vielleicht in der Form geschehen, daß die betreffenden Staaten für die ihnen von Frankreich geliehenen Kapitalien ihre Eisenbahnen verpfänden und, falls sie auf dieses „Geschäft" eingehen, gegebenenfalls noch weitere Mittel von französischer und vielleicht auch belgischer Seite erhalten. Es ist ein Plan von ungeheurer Tragweite, der hier verfolgt wird. Allen Staaten von der finnischen Bucht bis zum Schwarzen und Mittelmeer will man die freie Verfügungsgewalt über ihr Verkehrsnetz nehmen; der Ausbau, die Verwaltung und selbst die Tarifgestaltung der Eisenbahnen dieser Staaten sollen einer einheitlichen französischen Führung unterstellt werden. Es ist das alte Ziel der wirtschaftlichen Absperrung Deutschlands von Osteuropa, das hier durch die Beherrschung des Verkehrs von Frankreich verfolgt wird. Was die Verwirklichung eines solchen Planes für Deutschland bedeuten würde, kann man sich vorstellen, wenn man bedenkt, daß jeder, auch der vorteilhafteste Handelsvertrag durch eine entsprechende Tarifgebarung der Eisenbahnen und eine entsprechende Ausgestaltung des Verkehrsnetzes illusorisch gemacht werden kann. Jeder Präferenzvertrag, den Deutschland etwa mit Rumänien oder Ungarn abschließt und der an sich alle Möglichkeiten einer weitgehenden handelspolitischen Annäherung bietet, kann durch eine feindliche Tarifpolitik der zwischengelagerten Staaten, Österreichs und der Tschechoslowakei, zunichte gemacht werden. Die Zusammenfassung des ganzen zwischeneuropäischen Raumes zu einem geschlossenen von Frankreich geleiteten Verkehrssystem wäre wahrscheinlich imstande, den deutschen Handel nach dem Osten vollkommen zu zerstören. Man sagt sich in Frankreich wohl, daß das, was durch keine Agrarblock- oder Donauföderationspläne erreicht werden konnte, vielleicht auf dem Wege über die Eisenbahnen erreicht werden kann.

Paris ist übrigens schon seit Jahren in diesem Sinne am Werk: Polen baut seine Kohlenmagistrale mit französischem Geld; Südslawien hat Frankreich für seine Kredite Einfluß auf seine Bahnen einräumen müssen; Österreich sind durch das Lausanner Protokoll weitgehende Bindungen hinsichtlich seiner Eisenbahnen auferlegt worden; ähnliche Verpflichtungen werden auch hinsichtlich Ungarns erwogen. Frankreich kommt bei seinen Plänen der Umstand zugute, daß die Eisenbahnen fast aller dieser Staaten heute laufende Zuschüsse erfordern, und daß das Verkehrsnetz dieser Staaten vielfach noch des weiteren Ausbaues bedarf. Man kann sich denken, daß diese Staaten dafür, daß sie von den Zuschüssen befreit werden, und dafür, daß sie beim Ausbau ihres Verkehrsnetzes finanziell unterstützt werden, sich vielleicht bereitfinden werden, mehr oder weniger zugunsten einer internationalen Gesellschaft (d. h. zugunsten Frankreichs) auf ihre Verkehrshoheit zu verzichten — wie es hinsichtlich der Kohlenmagistrale z. B. Polen getan hat, das sich auch durch seine Großmachtideen nicht davon abhalten ließ, Bedingungen zu unterschreiben, wie man sie früher einmal Ägypten oder China hat zumuten können. Zweifellos wäre Polen auch der Staat, der den umfassenden französischen Plänen den geringsten Widerstand entgegensetzen und sogar mit der größten Bereitwilligkeit auf sie eingehen würde. Denn Polen könnte — wenn auch unter Verzicht auf seine Verkehrshoheit — in dem französischen Vorhaben eine Verwirklichung seiner eigenen Pläne einer Zusammenfassung der zwischeneuropäischen Länder zu einem „antideutschen Mitteleuropa" erblicken, dem es verkehrspolitisch durch seine Tarifpolitik, durch den Bau des Gdingener Hafens, durch die Kohlenbahn usw. schon wirksam vorgearbeitet hat.

Die östlichen Grenzfragen.

Die „litauische Lösung" der Korridorfrage.

Aus Ententekreisen wird ein Plan über die Bereinigung der Korridorfrage auf dem Umweg über Dr. Limburg, den niederländischen Delegierten beim Völkerbunde, lanciert. Dr. Limburg ist durch sein wiederholtes Eintreten für Entente-Vorschläge bekannt geworden. Der im Amsterdamer „Telegraaf" skizzierte Plan schlägt die Beseitigung des Korridors und die Schaffung eines polnischen Ausganges zum Meer längs der Memel vor, die ins Kurische Haff mündet und die gegenwärtige Grenze zwischen Ostpreußen und Litauen bildet. Ein Blick auf die Karte zeige, heißt es in dem Vorschlag, daß der Punkt, an dem die nördliche Grenze Polens der Ostsee am nächsten komme, nämlich bei dem Dorfe Wiżyniec nur 115 Kilometer von der Ostsee entfernt ist. Die deutsch-litauische Grenze bis Memel laufe durch ein sandiges, dünn bevölkertes Gebiet. Wenn Deutschland hier an Polen einen Landstreifen in Länge von 115 Kilometer abtrete, so würde Polen Uferstaat an der unteren Memel, die es für seine Holzausfuhr über den Hafen von Memel seit Jahren benutze (?). Der neue Korridor würde die Ostsee durch das Kurische Haff erreichen. Die Schiffe müßten einen neu zu erbauenden Seekanal passieren, ähnlich dem, der Königsberg mit dem Frischen Haff verbindet. Den Hafen Gdingen, den Polen mit einem erheblichen Kostenaufwand angelegt und ausgebaut habe, müsse das Reich auf dem Wege einer Finanzvereinbarung von Polen „erwerben". Eventuell könne man vereinbaren, daß Polen diesen Hafen weiter benutzt. Im übrigen sei es eine große Frage, ob sich der Hafen von Gdingen auf die Dauer als wirtschaftlich erweisen würde und ob er nicht eine zu starke finanzielle Belastung für die polnische Regierung bilde. In diesem Zusammenhang erhebe sich die Frage einer Volksabstimmung in Danzig über die Wiedereinverleibung des Danziger Gebietes ins Reich und über die Revision des Memelstatuts. Aller Voraussicht nach werde die hier vorgeschlagene Lösung unmittelbar nach ihrer Bekanntgabe von beiden Parteien abgelehnt werden. In diesem Falle ergebe sich für die verantwortlichen Staatsmänner die ernste Pflicht, alles daran zu setzen, um im Interesse des Weltfriedens und der Wohlfahrt der beiden Nachbarnationen einen Ausgleich zu finden.

Die „Agentin" Rothermeres.

Pariser Blätter brachten die — nachträglich vom französischen Innenministerium dementierte — Nachricht, daß Prinzessin Stefanie Juliane von Hohenlohe in Biarritz von der französischen politischen Polizei verhaftet worden sei. Die Verhaftung sollte wegen Spionage und antifranzösischer Propaganda erfolgt sein. Die Prinzessin habe in eifrigem Briefwechsel mit Lord Rothermere gestanden und habe diesem für seine Arbeit für die Revision der Grenzen Material geliefert. Der Briefwechsel sei beschlagnahmt worden. Auch habe die Prinzessin, heißt es weiter, sich mit Erfolg bemüht, die „freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Polen zu stören". — Die Prinzessin ist eine der politischen Ratgeberinnen des englischen Zeitungsmagnaten Lord Rothermere, dessen Interesse für ungarische und osteuropäische Fragen bekannt ist. Durch ihre guten Kenntnisse der mitteleuropäischen Verhältnisse ist sie für den englischen Zeitungskönig eine wertvolle Informationsquelle geworden. Es ist keine Frage, daß Lord Rothermere in seiner Arbeit zugunsten Ungarns gegen die Tschechoslowakei sehr stark von der Prinzessin beeinflußt war. Auch seine letzte große politische Tätigkeit, wobei er sich in der Korridorfrage auf die Seite Deutschlands stellte, soll auf Prinzessin Stefanie zurückzuführen sein.

Danzig und Gdingen.

Der Machtkampf in Danzig.

Der Danziger Volkstag hatte, wie erinnerlich, Anfang Dezember das Ermächtigungsgesetz aufgehoben. Die Danziger Regierung, die sich seit dem Bruch mit den Nationalsozialisten ausschließlich auf die eine Minderheit bildenden bürgerlichen Gruppen stützt, weigert sich, wie zu erwarten war, den Volkstagsbeschluß anzuerkennen. Am 21. Dezember wandte sich Senatspräsident Dr. Ziehm in scharfer Weise gegen die oppositionelle Mehrheit. Er bezeichnete das Ermächtigungsgesetz als die einzige Möglichkeit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung „namentlich auf finanziellem Gebiete". Die Regierung, erklärte der Senatspräsident, werde alle ihr in der Verfassung gegebenen Machtmittel anwenden, um die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes zu verhindern; sie habe daher auf Grund des Artikels 43 der Danziger Verfassung dem vom Volkstag gefaßten Beschluß die Zustimmung versagt; sie richte an den Volkstag, dem sie die Vorlage zurückgegeben habe, das Ersuchen, einen anderen Beschluß zu fassen. Die innerpolitische Lage Danzigs hat sich weiter verschärft. Einerseits erklärt die Regierung, daß sie ihren Platz freiwillig nicht verlassen werde; andererseits ist mit einem Nachgeben der Opposition, wie es scheint, nicht zu rechnen. Der Volkstag hat mit 41 gegen 29 Stimmen gegen den Einspruch des Senates erneut die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes beschlossen. Nach der Verfassung hat die Regierung nun die Möglichkeit, die Entscheidung auf dem Wege des Volksentscheides herbeizuführen. Durch die Vertagung des Volkstages bis zum 19. Januar ist eine äußerliche Ruhepause in dem Machtkampf, der demjenigen im Reiche parallel läuft, eingetreten.

Warschau will verhandeln.

Der polnische diplomatische Vertreter in Danzig, Dr. Papée, hat in einer Note an den Danziger Senat die auf die Rechtsstellung der polnischen Staatsangehörigen im Danziger Gebiet bezüglichen Fragen bezeichnet, über die die polnische Regierung mit dem Senat zu verhandeln gedenkt. Die Verhandlungen werden sich grundsätzlich auf dem vom Haager Gerichtshof festgelegten Rechtsboden bewegen. Das vor etwa einem Jahr erlassene Haager Rechtsgutachten hat den Anspruch Polens auf Gleichstellung seiner in Danzig lebenden Staatsangehörigen mit den dortigen polnischen Minderheitsangehörigen abgelehnt und den Polen in Danzig nur dieselbe Rechtsstellung zuerkannt, wie sie in der Freien Stadt anderen Ausländern, darunter auch den Reichsdeutschen, eingeräumt ist. Die Fragen, die die polnische Regierung jetzt mit Danzig erörtern will, betreffen das öffentliche und private Schulwesen, die Stellung der Studierenden polnischer Staatsangehörigkeit an der Technischen Hochschule in Danzig, die Frage der beiderseitigen Anerkennung von Hochschuldiplomen und Zeugnissen, die Frage des Gebrauchs der polnischen Sprache und eine Reihe wirtschaftlicher Angelegenheiten. Einer Meldung der halbamtlichen Agentur „Iskra" zufolge hat die polnische Regierung 1 200 000 Gulden zur Zahlung an Danzig bereitgestellt für den Schulbesuch der Kinder polnischer Staatsangehöriger in Danzig. Die Zahlung, die eine Erfüllung des Genfer Abkommens bedeuten würde, soll am 1. April 1933 erfolgen. Soll . . . Ob Polen sie wirklich zahlen wird?

Danzig legt Berufung ein.

Die Danziger Regierung hat gegen die letzten wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Völkerbundkommissars in einigen wichtigen Punkten Berufung einlegen müssen. Es handelt sich um die Entscheidungen, die Rosting zu dem Antrag der polnischen Regierung vom 15. September 1931 wegen angeblicher Verfehlungen der Danziger Zollverwaltung und vom 29. Februar 1932 über den polnischen Antrag auf Beseitigung der Danziger Kontingentsrechte gefällt hat. Die Danziger Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die von Rosting gefällten Entscheidungen in wichtigen Punkten nicht den Danziger Anträgen entsprechen und auch von den Gutachten abwichen, die die internationalen Sachverständigen in diesen Fragen erstattet haben. Danzig wünscht, daß zum mindesten die Basis dieser Sachverständigengutachten eingehalten wird. In der Hauptsache handelt es sich darum, daß die zum Schutze gegen polnische Boykottmaßnahmen vorgesehenen Garantien nicht in allen Teilen als ausreichend erscheinen. Die Danziger Regierung will durch ihre Berufung bewirken, daß die ganze Angelegenheit noch auf die Tagesordnung der am 23. Januar beginnenden Ratstagung des Völkerbundes gesetzt wird, um die dringend notwendige endgültige Entscheidung herbeizuführen.

Die schöne Andrea.

Ostmärkische Erzählung von Carl Busse.

Die schöne Andrea Falk spitzte die Lippen, als wollte sie pfeifen, und sah an Bogdan Konarski vorbei die Chaussee entlang.

Die Chaussee war hügelig; man konnte sie nicht weit überblicken. Zu beiden Seiten schloß der Wald sie ein. Auch er stieg und fiel unregelmäßig.

„Pani!" sagte der Bursch, um die schöne Andrea zu erinnern, daß er auch noch da sei. Seine groben, ausgearbeiteten Hände zogen den breiten Traggurt hin und her über den Schultern.

„Seht Ihr den Vater schon?" gab sie zurück.

„Er kommt auch so. Er kommt jeden Tag. Ich aber habe Euch nur selten. Erinnert Euch, daß Ihr mir eine Antwort schuldig seid."

Da bog sie das Gesicht ihm zu. Es war von feiner heller Bräune, wie man sie wohl bei jungen Zigeunerinnen sieht, und edel geschnitten. Frei und hoch waren die Brauen geschwungen und neigten sich eng zueinander. Darunter die Augen, dunkel, tief, unbeweglich — aber es wußte jeder Bursch im Dorfe, daß dieses Dunkel hin und wieder glänzen und brennen konnte, als würde es von innen durchleuchtet. Jetzt jedoch war es nur unbewegliches Dunkel. Und ein stiller Hochmut stand in dem Antlitz.

„Drei Häuser weiter", sprach sie. „Sagt dort dasselbe, und ich höre den Jubel bis hierher."

„Wenn ich drei Häuser weiter wollte, wäre ich nicht hier stehen geblieben."

„Vielleicht wart Ihr müde. Die Karre wird schwer sein."

Der Bursch drehte langsam den Kopf. Am Rand der Straße stand ein Schubkarren. Das Holz war hoch aufgeschichtet und mit Stricken gegen das Abgleiten gesichert.

Seine Brust dehnte sich.

„Man sorgt für den Winter. Es wird kalt werden, Pani. Und leicht war es nicht, das Holz bis hierher zu kriegen. Aber die Mutter ist alt. Wer weiß, wie lange sie noch lebt! Mir hilft keiner."

„Und deshalb", fuhr Andrea statt seiner fort, „dachtet Ihr: eine Frau wäre nicht schlecht. Sie könnte ziehen, sie könnte helfen. Man spannt sie als Pferdchen vor. . . . hü, das geht fixer. Grade muß ich dastehen: so kam't Ihr heran."

Bogdan Konarski brachte die Worte nicht glatt heraus.

„Weiberzungen sind schneller als Mannsgedanken", erwiderte er. „Ich hab' über ein Jahr bei mir nachgedacht. Ihr seid stolz und habt zu schöne Hände. Schöne Hände sind schlechte Arbeiter. Da, seht — die guten Arbeiter sind so!"

Er streckte ihr die harten, mächtigen Pranken hin und lachte ruhig bei sich.

„Eine Prinzessin kann ich nicht brauchen. Meine Frau muß arbeiten. Und wenn sie die Karre ziehen hilft, ist die Last leichter. Die Pani Madurowicz weiß das!"

Eben bog ein anderer Karren aus dem Walde. Vorn ein junges Weib, das sich mit Brust und Schultern stark in die Stricke legte, während der Mann hinten schob. So kamen sie rasch vorwärts.

„Seht, Pan", sagte das Mädchen plötzlich, „das gefällt Euch. So möchtet Ihr es auch haben. Drei Häuser weiter, und Ihr habt es so. Warum wollt Ihr mich? Glaubt Ihr, ich lasse mich vorspannen? Bis jetzt habe ich's nicht gebraucht, und wenn ich heirate, will ich's besser haben, nicht schlechter. Das versteht Ihr doch? Warum also viele Worte? Als Vorspann bin ich zu gut!"

„Wie Gott will! Also Einspänner. Schwer, schwer — jedoch es geht alles. Da kommt auch Euer Vater. Er bestärkt nur immer Euern Hochmut, Pani. Nach wem Ihr seht, weiß ich. Das ist der Grünrock aus dem Walde. Grün ist die Hoffnung; alle Narren laufen danach."

„Was kümmert Ihr Euch um meine Angelegenheiten, Pan Bogdan?"

„Dachte immer, es sind auch meine. — Nun, wie geht's der Stadt, Euer Wohlgeboren?"

Das letzte rief er dem Vater der schönen Andrea zu, der eben auf seinem Fuhrwerk herankam.

Ein absonderliches Gefährt. Ein kleiner, alter Esel zog den kleinen, alten Wagen. Weil der Sitz zu niedrig war, mußte Valentin Falk die Beine stets weit nach vorn ausstrecken. Hinter ihm klapperten bei jeder Umdrehung der Räder die leeren blechernen Milchkannen.

„Der Stadt", sagte er nickend und grüßend, „geht's besser als mir. Sie steht fest, wie sie gestanden, und fällt nicht. Ich aber schwanke wie betrunken. Bald, Freundchen, kann ich mir selbst Maß nehmen zum Sarge. Kurios, kurios — man glaubt, es war vor kurzem, daß man den ersten machte. Und nun soll der letzte kommen."

Ächzend war er herabgeklettert und rieb sich die Beine. Dann schirrte er den Esel ab.

„Seit wann unkt Ihr so, Gevatter?" fragte der Bursch. Er befestigte den Traggurt schon an den Griffen der Karre.

„Seit es in mir sitzt. Hü, Anton — genug für heut. Man verträgt den Stall in deinen Jahren. Natürlich — junges Volk friert nicht. Brennt das Blut, brennt die Liebe. Was meinst du zu Andrea, Freundchen?"

Bogdan Konarski hatte mit schwerem Ruck schon die Karre gehoben.

„Es wird lange dauern, bis der Prinz für sie kommt, Gevatter", rief er, ohne sich umzusehen. Ächzend drehte sich das Rad.

Minderheitsfragen.

Die Minderheitenschutzverträge.

Die Polen haben bekanntlich die Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember, durch welche die wehrpolitische Gleichberechtigung Deutschlands theoretisch anerkannt worden ist, zum Anlaß genommen, auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes gleichfalls eine Gleichberechtigungsforderung, d. h. die Abschaffung der Polen und einigen anderen Neustaaten auferlegten Minderheitenschutzverträge zu erheben, obwohl die beiden Fragen — Rüstung und Minderheit — durchaus nichts miteinander zu tun haben und obwohl darüber, wie die wehrpolitische Gleichberechtigung Deutschlands praktisch aussehen wird, überhaupt noch keine Klarkeit besteht. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt aus Genf, wie man sich in polnischen Völkerbundskreisen die Abschaffung des Minderheitenschutzes vorstellt: Im Artikel 11 des Polen auferlegten Vertrages heißt es, daß die Schutzbestimmungen unter der Garantie des Völkerbundes stehen und daß sie nicht ohne Zustimmung der Mehrheit des Rates abgeändert werden können. Auf Grund dieses Artikels will man nun polnischerseits einen Abänderungsantrag einbringen, der zwar keine Aussicht auf Annahme hat, aber doch geeignet erscheint, Verwirrung im Völkerbundsrat zu stiften. Dann will man nach Ablehnung dieses Antrages zusammen mit den anderen Regierungen, die entsprechende Verträge zugunsten ihrer Minderheiten haben annehmen müssen, zwar nicht die Minderheitenverträge selbst, dafür aber das im Völkerbund aufgestellte und gegenwärtig gültige Minderheitenverfahren, d. h. das gesamte an sich schon durchaus unzureichende System der Petitionen, der Vorprüfung durch Dreierkomitee usw., kündigen, was praktisch auf eine Lähmung des Minderheitenschutzes hinauslaufen würde. Die Folge wäre in der Tat, daß bei Minderheitenfragen nur noch eine Verhandlung im Rate selbst auf Antrag eines Ratsmitgliedes zugelassen würde, was eine erhebliche Belastung des Rates und eine Verschleppung bedeuten müßte. In nichtpolnischen Kreisen, die über die Lage unterrichtet sind, steht man einer allgemeinen Bewegung auf Abschaffung des Minderheitenschutzes oder seiner Verquickung mit der Frage der militärischen Gleichberechtigung sehr mißtrauisch gegenüber. Man glaubt aber, daß die Bestrebungen zur Kündigung des Minderheitenverfahrens, wie sie von Palen geplant sind, ernsthafter ins Auge zu fassen sind.

Polnische Volkshochschule in Beuthen.

Nach dem Oppelner „Nowiny Codzienne“ (Nr. 280) hat der Polnisch-katholische Schulverein am 10. Dezember in Beuthen eine Volkshochschule eröffnet, die ihre Vorträge in der Aula des polnischen Gymnasiums veranstaltet. Als Vortragende werden genannt: Pfarrer Melz-Alt-Kosel, Baczewski-Berlin, Rechtsanwalt Kwoczek-Oppeln, mag. phil. Steffen-Krakau, Schriftleiter Langowski-Oppeln, Bankdirektor Weber-Beuthen, Lehrer Kasperek-Beuthen, Prof. Olejniczak u. a. Als Vortragsthemen erwähnen die „Nowiny“ z. B.: „Schlesiens Patrone“, „Die Geschichte des polnischen Genossenschaftswesens in Oberschlesien“, „Die Stellung der polnischen Sprache in der Familie der Sprachen“.

„Erziehungsrat“ für die polnische Auslandsjugend.

In Warschau fand auf Betreiben des Organisationsrates der Auslandspolen eine Besprechung von Vertretern der polnischen Organisationen im Auslande, des Unterrichts-, Kriegs- und Außenministeriums und der führenden Parlamentarier des Regierungsblocks statt. Gegenstand der Beratungen war das Problem der Erziehung der polnischen Jugend im Auslande. Das Ergebnis wurde in einer Resolution zusammengefaßt, in der es heißt: Man sei zu der Überzeugung gelangt, daß die Frage der Erziehung der polnischen Auslandsjugend von großer Wichtigkeit für Polen sei, die systematische Durchführung einer einheitlichen Aktion auf diesem Gebiet liege aber außerhalb der Möglichkeiten des Auslandspolentums. Das Unterrichtsprogramm für die polnische Auslandsjugend, insbesondere für die polnische Jugend in Deutschland, müsse daher unter aktiver Mitarbeit des Mutterlandes ausgearbeitet werden. Die Zusammenarbeit zwischen Mutterland und Auslandspolen auf dem Gebiete der Erziehung der auslandspolnischen Jugend soll im Rahmen eines Erziehungsrates erfolgen. Dieser Erziehungsrat, dem dreißig Mitglieder angehören, ist sofort gewählt worden. Ihm gehören außer führenden Beamten des Unterrichtsministeriums und einigen Pädagogen allein drei Vertreter des Kriegsministeriums an (General Orlicz-Drescher, Oberst Rusin und Hauptmann Drymer), ferner der Wojewode Grazynski und Vertreter des Außenministeriums. Das bedeutet: Die Erziehung der polnischen Jugend im Ausland, vor allem in Deutschland wird der polnischen Regierung, dem polnischen Kriegsministerium, unterstellt!

Die schöne Andrea blickte unverwandt nach dem Walde. In letzter Nachmittagssonne flammte das rote Laub der Buchen und rieselte, lichtgetroffen, in den Herbstwinden nieder. Überall nur dieses brennende Rotbraun, in das sich, jenseits der Chaussee, die mattgrünen Wipfel der Kiefern mischten. Sie aber haßte und sah, daß nicht zu diesen beiden Farben sich eine dritte gesellen sollte: ein helleres Grün, wie es Julian Libelt, der Förster, trug.

An ihr vorbei trabte Anton, der Esel, nach dem Stalle. Ihr Vater folgte mit den leeren Milchkannen. Er hatte trübe Augen. Sie erhellten sich nur, wenn sie auf Andrea fielen. —

Julian Libelt war Unterförster in herrschaftlichen Diensten. Wenn er in seiner Uniform, die Flinte über der Schulter, durchs Revier ging, liefen ihm mehr Mädels über den Weg als Rehe. Kein Wunder: wo gab es auf Meilen einen zweiten so hübschen und forschen Kerl? Selbst die Schulzentochter in Laslowice wäre gern Pani Libelt geworden.

Sie war nicht so schön wie die schöne Andrea Falk. Aber sie brachte eine Geldkatze mit und Andrea nur einen Esel. Eine böse Geschichte. Böse besonders seit ein paar Tagen! Denn vorher — —

Er machte die Augen zu. Wie sie warm an seinem Halse hing: „Julek!“ Wie das Brennen in die dunklen Augen kam: „Julek!“ Wie sie küßte, die schöne Andrea! Keine war ihr vergleichbar.

Und der Alte, der Tischler, Milchfahrer, und was er sonst noch war, hatte gelächelt. Niemals war aus ihm klug zu werden. Die einen versicherten, er hätte nicht nur ein Kapitälchen auf der Sparkasse, sondern auch sonst noch mancherlei ausstehen. Die andern hingegen meinten, er quäle sich gerade so durch und wäre ein lustiger Hungerleider. Julian Libelt neigte sich der ersteren Ansicht zu. Aber für alle Fälle hielt er auch die Schulzentochter noch am losen Fädchen.

Da war vor ein paar Tagen etwas geschehen, was ihn recht verstört hatte. Er war schräg durchs Revier gegangen, auf die Chaussee zu. Sprang da ein Wild? Wer lief so? Ein klingender Anruf. Ein stockender Schritt. „Julek!“ Und weinend hängt ihm die schöne Andrea am Halse.

Was ist los, wo brennt's? Ach, sie kommt vom Doktor. Der Vater will sterben. Hat immerzu gehobelt, am eigenen Sarg. Bis er hinfällt. Der Doktor will morgen nachsehen.

Küsse und Tränen — es schmeckt bitter durch alles Süße. „Geh mit! Rette ihn!“

Lieber Gott, die Weiber — wenn sie einen liebhaben, trauen sie einem alles zu, selbst Wunderkraft. Aber wer kann widerstehen?

Die Alte humpelt; der Tischler liegt im Bett, im dicken, schwergefüllten Bauernbett. Als er die beiden 'reinkommen sieht, lachen seine Augen. Hin- und Herreden, aber zum Schluß immer: „Kurios, daß man sterben muß!“ Und leise plötzlich: „Schafft die Weiber 'raus, Libelt!“

Schön. „Wir sind beide grauköpfig, der Esel und ich. Aber Anton überlebt mich. Lange wird's auch bei ihm nicht dauern. Meine Frau — krank, krank. Hundert Jahre kann sie dennoch werden. Sie ist zäh. Bleibt noch eine, die Ihr kennt!“

Wieder lachen die Augen. An seiner schönen Tochter hängt das Herz des Tischlers und Milchfahrers.

„Was wird aus ihr?“ Eine Handbewegung. „Wie steht Ihr? Morgen, übermorgen ist's aus. Könnte also werden!“

Peinlich für einen Ehrenmann, so direkt gestellt zu werden! Was sollte ich anders tun? denkt der Förster. Ich habe die Hand aufs Herz gelegt.

„Ich meine nicht, ob Ihr sie liebt“, sagt der Kranke da. „Das kann jeder ... solch Mädel! Aber heiraten, Freundchen! Euretwegen hat sie viele fortgeschickt.“

Ja, ja — es wäre der höchste Wunsch, am liebsten gleich. Ach, die große Liebe! Aber — je nun ... man müßte doch erst wissen ... Kurz und gut, der Herr Gevatter hätte ja selbst gesagt: Lieben sei kein Kunststück, aber Heiraten. Zum Lieben gehört nur das Herz — hier schlägt es, hier ist es! —, aber zum Heiraten Geld. Wie es damit wohl stünde ...?

Eine Bewegung von Daumen und Zeigefinger, die sich beide zärtlich reiben. Eine Andeutung von der Schulzentochter ...

Immer tiefer scheinen die Augen in das Krankengesicht zu sinken. Der Tod macht dem Pan Falk einen Strich durch die Rechnung. Noch ein Jahr Leben — und seine Andrea wäre Frau Libelt gewesen. Man hätte den Förster hingehalten. Und Heirat war Heirat. Aber nun konnte er seine Rolle nicht zu Ende spielen. Starb er, kam doch alles 'raus.

„Ich hab' nichts ... nichts!“ Schwach die Stimme und heiser; sie unterstrich das zweite „Nichts“ krampfhaft. Und die tiefliegenden Augen sahen voll Angst auf die des Försters.

Dem kam es vor, als wäre Andrea nicht halb mehr so schön. „O, o“, sagte er nur und schüttelte immer nur den Kopf. Er bedauerte ehrlich. Nun mußte es also doch die Schulzentochter sein. Schlimm — aber Gottes Wille! Warum hatte der Pan Falk nicht besser gesorgt?

Und eigentlich: es war gemein, das erst jetzt zu sagen! Gemein, die Andrea so zu verwöhnen wie eine Gräfin! Sie hatte weniger noch als die Madurowicz, aber wer hatte sie den Karren ziehen und arbeiten sehen?

„Ihr werdet sie heiraten“, quälte der Tischler angstvoll immer wieder.

Man war kein Unmensch. Warum einem Sterbenden Schmerzen antun? Lügen natürlich wollte man auch nicht. Für nichts und wider nichts tut man keine Sünde.

Von der Osthilfe.

Vom Sicherungsverfahren zur Zwangsvollstreckung.

Im Reichsgesetzblatt Nr. 79 vom 19. Dezember wurde eine unter dem Datum vom 12. Dezember erlassene Verordnung zur Ergänzung der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung in Grundstücken nach Aufhebung des Sicherungsverfahrens (Überleitungsverordnung) veröffentlicht. Nach Artikel I der neuen Verordnung wird das Rangvorrecht für alle Ernteaufbau- und Betriebskredite eingeräumt, soweit die Kredite durch die Landstelle vermittelt worden sind und der an erster Rangstelle stehende Gläubiger vor Aufhebung des Sicherungsverfahrens sein Einverständnis erklärt hat. Artikel II hebt die Schutzmaßnahmen für die wegen Entschuldungsunfähigkeit aus dem Osthilfesicherungsverfahren entlassenen Betriebe auf. Wird die Zwangsversteigerung innerhalb von drei Monaten nach der Entlassung aus dem Verfahren gegen einen derartigen Betrieb beantragt, so ist eine einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung unzulässig. Gleichzeitig werden für die Betreibung des Verfahrens die in der Verordnung vom 14. Juni 1932 vorgesehenen verkürzten Fristen wieder in Kraft gesetzt. Bei Fortsetzung eines einstweilen eingestellten Zwangsversteigerungsverfahrens soll damit der Zeitraum zwischen der Anberaumung des Versteigerungstermins und dem Termin selbst nicht mehr als sechs Wochen betragen. Der Versteigerungstermin ist nur dann aufzuheben und neu zu bestimmen, wenn die Bekanntmachung des Termins nicht zwei Wochen vor dem Termin bewirkt ist.

Hierzu schreibt der Reichslandbund in seinem Zeitungsdienst u. a.: Im Reichsgesetzblatt vom 19. Dezember ist eine Notverordnung veröffentlicht worden, die im gesamten Osthilfegebiet wie eine Bombe eingeschlagen hat, obwohl man ja dort durch die Rede des Reichskanzlers schon etwas auf die Dinge, die da kommen sollten, vorbereitet worden ist. Es ist bekannt, daß in der nächsten Zeit eine große Anzahl von Betrieben aus dem Sicherungsverfahren ausscheidet. Durch die neue Notverordnung wird angeordnet, daß die aus dem Sicherungsverfahren ausscheidenden Betriebe den allgemeinen Vollstreckungsschutz nicht in Anspruch nehmen können. Die Voraussetzungen des allgemeinen Vollstreckungsschutzes sind nach den Notverordnungen vom Dezember 1931, vom Juni und September 1932 außerordentliche Verluste durch Unwetter oder Viehseuchen oder außerordentlicher Sturz der Preise derjenigen Produkte, auf deren Erzeugung der Betrieb ganz oder überwiegend gerichtet ist. Die Versagung des allgemeinen Vollstreckungsschutzes soll nur dann in Frage kommen, wenn der Gläubiger die Zwangsvollstreckung innerhalb einer Frist von drei Monaten beantragt, nachdem das Sicherungsverfahren wegen Entschuldungsunfähigkeit aufgehoben worden ist. Diese Bestimmung einer Dreimonatsfrist bedeutet eine offene Aufforderung an die Gläubiger, so bald wie möglich die Zwangsversteigerung einzuleiten, denn sonst müssen sie damit rechnen, daß ihnen der Vollstreckungsschutz dazwischen kommt. Es geht also ganz offensichtlich darum, in der Tat möglichst schnell möglichst viele Betriebe unter den Hammer zu bringen. Ausgeschlossen wird durch die neue Notverordnung nur die Beantragung des Vollstreckungsschutzes. Sonstige Schutzvorschriften sind durch die Verordnung nicht berührt worden. Besonders notwendig scheint es, darauf hinzuweisen, daß die durch die Notverordnung vom 8. Dezember vorigen Jahres geschaffenen Vorschriften über das Mindestgebot auch in den hier genannten Fällen gelten. Danach muß der Zuschlag in der Zwangsversteigerung versagt werden, wenn das abgegebene Meistgebot weniger als sieben Zehntel des Grundstückwertes beträgt und ein durch Grundbucheintragung gesicherter Gläubiger die Versagung des Zuschlages beantragt. Als Grundstückswert gilt dabei ein gewisser Prozentsatz des Einheitswertes. Wer die Zwangsversteigerungsstatistik kennt, wird wissen, daß dieser Prozentsatz in sehr vielen Fällen nicht erreicht wird. Wird er erreicht oder gar überschritten, so kann der Zuschlag nicht versagt werden. Daß heißt also: gerade die betriebswirtschaftlich noch am besten erhaltenen Betriebe — auf die Verschuldung und die aus ihr folgende Entschuldungsunfähigkeit kommt es in diesem Zusammenhang nicht an — werden sofort unmittelbar dem Zwangszugriff des Gläubigers ausgesetzt, während für die im schlechten Zustand befindlichen Betriebe immerhin noch die Aufschubmöglichkeit durch Versagung des Zuschlages besteht.

Die Bahnbauten im Osten.

Für die im Osthilfegesetz vorgesehene Verkehrsverbindung Fraustadt—Guhrau—Korsenz ist die Vorfrage, ob Eisenbahn oder Kraftwagenlinie, durch den Reichsverkehrsminister dahin entschieden worden, daß der Bau einer Eisenbahn volkswirtschaftlich richtiger ist. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn wird jetzt mit den ausführlichen Vorarbeiten beginnen. Die neue Bahnlinie ist ein Teil der sog. Grenzlandbahn, die von Kreuz a. d. Ostb. bis zum schlesischen Namslau alle durch die Grenze zerstörten Eisenbahnstrecken untereinander verbinden soll. Da der Ausbau einer solchen Strecke als Hauptbahn infolge der Grenznähe unwirtschaftlich wäre, weil das nötige Hinterland fehlt und die Bahnen sich nicht rentieren würden, da ferner Hauptstrecken für den Verkehr Nord-Süd vorhanden sind, werden nur einige Teilstrecken der projektierten Grenzlandbahn gebaut, und zwar als Nebenbahnlinien zur Verbesserung des Lokalverkehrs und zur Wiederherstellung der verlorengegangenen Verbindungen, da Polen bei der Grenzziehung alle Nord-Süd-Eisenbahnen erhalten hat. Die neue Bahnlinie würde eine Verbindung Trachenberg (Strecke Breslau—Rawitsch—Posen)—Korsenz—Herrnstadt—Guhrau—Fraustadt—Schlawa—Kontopp—Züllichau—Neu-Bentschen—Meseritz—Schwerin (Warthe)—Kreuz ermöglichen, allerdings im Lokalverkehr mit sehr langen Fahrzeiten. Zur Abkürzung dieser Linie wird noch ein Bahnbau Bomst—Unruhstadt—Kolzig gewünscht, durch den der Bogen Bomst—Züllichau—Kontopp—Kolzig ausgeschaltet würde. Aus finanziellen Gründen ist aber wohl auf lange Jahre hinaus an einen solchen Bahnbau nicht zu denken. Die neue Strecke Fraustadt—Korsenz wird vier bzw. fünf durch die Grenzziehung abgeschnittene Bahnstrecken wieder untereinander verbinden.

Neben der Bahn Schwerin—Kreuz wird noch eine weitere Bahnstrecke im Osten gebaut, und zwar: die Bahn Groß-Strehlitz—Leschnitz—Kandrzin. Sie wird eine rund 30 Kilometer lange, eingleisige Nebenbahn und bildet die Fortsetzung der Strecke Vossowska—Groß-Strehlitz. Sie verbindet mit ihrer Fortsetzung nach Kreuzburg die Kreise Kreuzburg, Rosenberg, Guttentag und Groß-Strehlitz mit dem Knotenpunkt Kandrzin des oberschlesischen Eisenbahnnetzes und mit den anschließenden Gebieten links der Oder. Für den Bau der Bahn sprechen neben den wirtschaftlichen auch wichtige politische Gründe.

Der Verkehrsausschuß des Preußischen Landtags beschäftigte sich mit einer Eingabe des Handwerker- und Gewerbevereins Schloppe wegen der Schaffung einer Bahnlinie Schloppe—Tütz—Märk.-Friedland—Falkenburg—Bad Polzin—Belgard. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß der Preußische Landtag in dieser Angelegenheit wenig Einwirkungsmöglichkeit besitze, da die Reichsbahn-Gesellschaft ihre Entscheidung unabhängig von preußischen Behörden treffen könne. Andererseits wurde die Notwendigkeit des Ausbaues des Verkehrsnetzes in den östlichen Grenzgebieten, insbesondere auch die Notwendigkeit der Schaffung der in der Eingabe verlangten Querverbindung Grenzmark—Pommern, durchweg anerkannt. Der Verkehrsausschuß beschloß, die Eingabe dem Staatsministerium als Material für eine etwaige spätere Stellungnahme in dieser Angelegenheit zu überweisen.

Aber man brauchte nicht rundweg nein zu sagen. Grausam wäre das. Also man beruhigte. Man wollte rechnen, man wollte sehen. Vielleicht ginge es.

Immerhin war der Förster froh, als er wieder draußen war.

Und nun war der Pan Falk tot. Die schöne Andrea blieb einsam zurück in der Hütte — nur mit ihrer Mutter und dem Esel. Die Junge bei zwei Alten.

Julian Libelt überlegte hin und her. Wenn er sie nahm — drei Fresser mehr! Wenn man den Esel, die Hütte, das Tischlergerät verkaufte — was war's? Ein paar Taler, die schon auf der Hochzeit von guten Freunden vertrunken wurden. Und er hieb mit dem schweren Stock den wuchernden Schoß eines Baumes ab: „Adieu, Andrea!“

Morgen wollte er sich durch Laslowice schlängeln....

Die schöne Andrea hatte bisher immer in der Sonne gestanden. Ihr Vater war ein betriebsamer Mann gewesen. Weil ihn die Tischlerei nicht gar zu sehr in Anspruch genommen, hatte er sich den Esel Anton angeschafft. Es lohnte sich für das Dominium nicht, die Milch durch eigenes Fuhrwerk in die Stadt zu schaffen. Noch weniger für die Kleinbauern, die knapp ein paar Liter abzugeben hatten. Da kam der Tischler mit seinem Eselwagen wie gerufen. Er nahm Bestellungen auf, machte Besorgungen, und Groschen auf Groschen gab auch Geld.

So war keine Not in die Hütte gekommen, und die schöne Andrea war aufgewachsen ... nun, wie eine Gräfin. Sie hatte feinere Hände als die Dörflerinnen, denn sie brauchte nicht zu viel anzufassen. Sie konnte sich putzen, konnte müßiggehen und hatte es nur nötig, den Vater zu streicheln, um alles zu erlangen, was sie wollte.

Nun war der Vater tot. Weinen und Wehklagen gab es reichlich. Daß Julian Libelt sich nicht sehen ließ, empfand die schöne Andrea bitter. Selbst Bogdan Konarski war gekommen und hatte ihr die Hand gedrückt.

Die beiden Frauen drängten sich aneinander und wußten nicht ein, nicht aus. Im Bettstroh lagen zwar noch harte Taler. Aber Geld kostete alles, der Arzt, das Begräbnis. Und vergeblich fragten sie herum, ob einer dem Verstorbenen noch etwas schuldig wäre.

Immer näher kam die Not. Es mußte etwas geschehen. Die Dörfler lachten hinter Andrea drein, denn ihr Hochmut hatte viele gekränkt.

„Wann kommt der Prinz?“ rief einer. „Suchst du den Grünrock, Bettelprinzeß?“ ein anderer.

Bogdan Konarski machte das nicht mit. Aber leise sagte er: „Nun lernt Ihr Eure Freunde kennen, Pani. Auch den grünen.“

Sie wollte es nicht glauben. Sie stellte Julian Libelt im Walde. Er wand sich wie ein Wurm, redete ihr vernünftig zu, küßte sie. Das ließ sie geschehen. Aber die Flammen kamen nicht in ihre Augen — die Augen blieben tot.

(Fortsetzung folgt.)

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin W. 30, Motzstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)
Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte



Die

Jahresversammlung für 1932

findet am **Freitag, den 6. Januar 1933, abends 8 Uhr** im Vereinslokal **„Köpenicker Hof" in Berlin SO., Köpenicker Straße 174** statt, wozu die Mitglieder hiermit höflichst eingeladen werden.

Der Vorstand.
Stephan.

Ostmärker! Tretet unserer Ostbundsterbekasse bei.
Auskunft erteilt die Bundesleitung in **Berlin W. 30, Motzstraße 22.**

Ostmärker

Tischlermeister, Kaufmann, 35 Jahre alt, ev., sympath. Erscheinung, aus gutem Hause, vorl. 7000 M. Vermögen,

sucht

geschäftsgewand. Dame, etwas Vermögen erwünscht oder Einheirat. Branche gleich.

Strengste Diskretion. **Angebote unter 2793** an das Ostland erbeten.

Für meine

Schwester

Mitte 50, Förstertochter, gebildet, Ostmärkerin, suche pass. Wirkungskreis, evtl. Heirat. Gef. Offerten unter 2790 an das Ostland erbeten.

Jedem, der an

Rheumatismus, Ischias oder Gicht

leidet, teile ich gern **kostenfrei** mit, was meine Frau schnell und billig kurierte. 12 Pf. Rückporto erbeten.

Hans Müller, Obersekretär a. D., **Dresden 141,** Walpurgisstraße 9, IV.

Übersetzungen

polnisch, russisch, tschechisch. Schriftliche Arbeiten billigst.

Fritz Bitkower, **Berlin W 35**, Magdeburger Str. 30, I. Tel.: B 2, Lützow 3469.

Geräumiges

Landhaus

Hof und Garten, sehr günstige Lage, preiswert **zu vermieten.** Auf Wunsch auch mit Land.

Von Tilly, Friedrichshof, Kr. Königsberg Nm.

Landwirt

33 J. alt, mit Vermög., 7000 M., sucht a. d. Wege Ehekameradin mit gl. Vermög. 7000–8000 M., auch wo Einheirat in Landwirtschaft möglich ist. Zuschriften m. Bild unt. 2792 an das Ostland erbeten.

Ostmärker! **Provisionsfrei!**

Glänzende Existenzen!

	Anzahl. M
Grundstück mit Kolonialwarenhandlg. i. Mecklbg. b. Wismar	6 000
Villa (10 Zimmer) in bek. Luftkurort b. Dresden	35 000
Graupappenfabrik mit Maschinenpark in Stettin	12 000
Landwirtschaft (etwa 40 Mrg.) in der Altmark	3 000
Mühlengrundstück m. tot. u. leb. Invent. a. d. Bahnlinie Erfurt—Nordhausen	25 000
Wohn- und Geschäftshaus in schöner Stadt Mecklenburgs .	25 000
Wohn- u. Geschäfts-Eckgrundst. (für jeden Zweck geeignet) in Hagen-Haspe	15 000
Hotelgrundstück (9 Fremdenzimmer und Saal) im Spreewald (evtl. zu verpachten)	30 000
Bäckereigrundstück m. Garten u. gr. Wiese, Nähe Eberswalde	22 000
Gasthof m. gr. Festsaal, Bühne u. Kegelbahn im Vorort von Dresden	25 000
Landwirtschaftliches Grundstück (126 Mrg.) m. fischr. See i. d. Uckermark	30 000
Wohnhaus (7 Zimmer) in Aarau (dt. Schweiz) . . . . . sfr.	12 000
Gasthof (Doppelgrundst.) m. gr. Festsaal im sächs. Erzgeb. . .	15 000
Bäckerei- u. Konditorei-Grundstück i. lebh. thür. Stadt, Nähe Mansfeld	8 000
Gasth. m. Gesellschaftssaal, Café u. Diele in lebh. Stadt Thüringens	n. Vereinb.
Restaurationsgrundst. (Schützenhaus) i. Löwenbg. (Schles.);	10—15 000
Fabrikgrundst. m. Wohnhaus i. Baden	26 000
Wohn- u. Geschäftsgrundst. m. Getreide-, Futter- u. Düngemittelgeschäft, Nähe Köslin .	30 000
Hotel m. Restauration u. Café i. bed. Kreisstadt d. Altmark	40 000
Wohn- u. Geschäftsh. m. Hintergebäude in Krefeld .	n. Vereinb.
Hotel- u. Pensionsgrundstück m. Restaurationsbetrieb i. Eisenmoorbad, Nähe Wittenberge	30 000
Miet- u. Geschäftsh. (4 Stockwerke) i. Zentr. Glogaus;	n. Vereinb.
Metallwarenfabrik mit großem Lager in Berlin	30 000
Wohn- u. Fabrikgrundstück b. Basel . . . . sfr.	30 000
Fabrikgrundstück bei Basel; sfr.	40 000
Fabrikgrundstück in Göppingen .	50 000
Ziegeleigrundstück (evtl. Pacht) nahe Chemnitz	n. Vereinb.
Geschäftshaus m. Bäckerei- u. Konditorei-Betrieb i. größerer Stadt Mecklenburgs	6 000
Grundstück m. Woll- u. Weißwaren-Geschäft i. uckermärk. Stadt nahe Stettin . .	n. Vereinb.
Zuckerwarenfabrik (mod. einger.) in Thüringen	30 000
Sägewerk m. Maschinenpark u. Gleisanschl. in Hinterpommern	20 000
Villengrundstück (14 Zimmer) in Brunshaupten	15 000

Bild-Prospekte **kostenlos** durch:

KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

Der **„Ostdeutsche Heimatkalender"** klärt auf über Lage und Entwicklung des gesamten Ostdeutschtums, er berücksichtigt besonders den am schärfsten umkämpften Teil der deutschen Ostfront, die uns von Polen geraubten Gebiete und die schwer notleidende uns verbliebene Ostmark. Er enthält künstlerisch hochwertige Abbildungen. — In den Aufsätzen bewährter Kenner des Ostens bietet er reiches Aufklärungsmaterial für jeden, der sich mit Ostfragen befaßt. In den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausschnitt aus dem literarischen Schaffen der Ostmark. Als wertvolle Waffe im Kampfe um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

.... **Ausschneiden! — Als Drucksache senden!** ....

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich .... Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933"

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.
Zuzüglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Postscheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Poststation: ....

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.

Ostbund- und Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 1 der Wochenschrift „Ostland" des Deutschen Ostbundes.

Entschädigungswesen.

Ersatzbescheinigungen für verlorengegangene Emigrantensteuerquittungen.

Es ist vielfach vorgekommen, daß bei der Abwanderung und den vielen Schicksalen, denen die Verdrängten in Flüchtlingslagern und anderen Umständen ausgesetzt waren, Bescheinigungen über die an polnische Finanzämter gezahlte Emigrantensteuern verlorengegangen sind. Bisher haben die polnischen Behörden Schwierigkeiten gemacht, neue Quittungen, die die deutsche Entschädigungsbehörde verlangen muß, auszustellen. Die Verhandlungen zwischen den deutschen und polnischen Behörden über eine Regelung dieser Fragen schweben noch. Wir erwarten bestimmt, daß es den deutschen Bemühungen gelingt, das an sich selbstverständliche Entgegenkommen Polens zu erreichen. Anfragen über den Stand der Verhandlungen haben nach den uns gewordenen Mitteilungen augenblicklich keinen Zweck. Wir bitten daher, von Rückfragen bei uns oder bei den deutschen Behörden abzusehen. Sobald die Dinge geregelt sind, werden wir im „Ostland" entsprechende Nachricht geben. S.

Bundesnachrichten.

Ein gesegnetes glückliches neues Jahr

wünschen wir allen lieben Lesern und Leserinnen, Mitarbeitern, Freunden und Förderern. Möge 1933 ein Jahr des Heils und des Aufstiegs für jeden einzelnen, für die Ostmark und für unser Vaterland sein und eine Beseitigung oder wenigstens Milderung auch der Weltwirtschaftskrise bringen. Möge es vor allem unsern schwer leidenden Ostgebieten Hilfe und Rettung in höchster Not sowohl in wirtschaftlicher wie in kultureller und sozialer Hinsicht bringen, und möge es ferner die Erkenntnis in der Welt verbreiten, daß gesunde Zustände in Europa nur herbeigeführt werden können und einem neuen Kriege nur vorgebeugt werden kann, wenn das ungeheure Unrecht, das an unserm Osten begangen worden ist, wieder gutgemacht und nicht nur der Korridor, sondern auch die andern uns entrissenen Ostgebiete Deutschland zurückgegeben werden. Der Erreichung dieses Zieles gilt, neben der Fürsorge für die deutschen Ostmärker und der Unterstützung der Bestrebungen zur wirtschaftlichen und kulturellen Förderung der Ostgebiete, in erster Linie unser Kampf. Dieser Kampf muß auch im neuen Jahre mit unerbittlicher Energie durchgeführt werden. Dazu ist vor allem die Einheit und Unerschütterlichkeit der Kampffront erforderlich. Darum richten wir an alle Mitglieder die dringende Bitte, dem Deutschen Ostbund auch in Zukunft die Treue zu wahren, ihm so über die schwere Zeit hinwegzuhelfen und nach Kräften bemüht zu bleiben, ihm neue Mitglieder und dem „Ostland" neue Leser zuzuführen. In diesem Sinne: Ostheil! Glückauf für 1933!

An unsere Leser!

Mit dem heute beginnenden neuen Jahrgang des „Ostland" treten einige technische Neuerungen ein, ohne daß an dem Inhalt und Charakter unserer Zeitschrift etwas geändert wird. Vielfach geäußerten Wünschen der Ortsgruppen entsprechend, werden von jetzt ab die Bundesnachrichten, insbesondere auch die Berichte über die Arbeit der Landesverbände und Ortsgruppen und die Heimatnachrichten, in einer besonderen Beilage zusammengefaßt, so daß es leichter möglich ist, diesen Teil des Blattes und damit die Berichte über die Veranstaltungen des eigenen Landesverbandes oder der eigenen Ortsgruppe als Ergänzung der Akten besonders aufzubewahren, den politischen Teil aber für sich binden zu lassen. Von den bisherigen Beilagen werden aus gleichem Grunde „Der junge Ostmärker" und „Die ostmärkische Frau" beibehalten, während der Inhalt der andern Beilagen dem Hauptblatt systematisch eingefügt wird. Dadurch soll ermöglicht werden, daß aktuelle Beiträge, die für die bisherigen Beilagen, die im allgemeinen nur alle vier Wochen erschienen, bestimmt waren, nötigenfalls schneller gebracht werden können. Diese Beiträge sollen zunächst unter dem Strich erscheinen. Es soll dieser Teil des Blattes ferner erweitert werden dadurch, daß wir möglichst regelmäßig wieder ostmärkische Romane veröffentlichen, von denen dann in jeder Nummer eine Fortsetzung erscheint, so daß die Leser alle acht Tage, also sehr viel schneller als bisher, eine Fortsetzung erhalten können. Eine Einschränkung des Umfanges des Blattes soll auch in Zukunft möglichst vermieden werden. Das wird um so eher möglich sein, wenn unsere Leser uns nicht nur die Treue wahren, sondern auch im eigenen Interesse bemüht sind, neue Bezieher zu werben. Dadurch stärken sie den Einfluß und somit auch die Kampfkraft unserer Wochenschrift, deren zielbewußtes und tatkräftiges Eintreten für die Ostmark und für die Zurückgewinnung der uns entrissenen Landesteile von allen Seiten in wärmster Weise anerkannt wird. Auch in Zukunft wird das „Ostland" mit größter Tatkraft seiner Aufgabe dienen, die weitesten Kreise über die Bedeutung der Ostmark und die Lage der ostmärkischen Verhältnisse aufzuklären und so die Voraussetzungen für die Zurückgewinnung der uns entrissenen Ostgebiete schaffen helfen, zugleich aber wird es die Liebe zur ostdeutschen Heimat in den Herzen der aus der alten Ostmark vertriebenen Deutschen pflegen, für das Recht und den Schutz der drüben gebliebenen Brüder und Schwestern eintreten und dem Binnendeutschtum immer wieder die Pflicht, sich für die Ostmarken einzusetzen, einprägen und im Binnendeutschtum die Überzeugung zu festigen suchen, daß Deutschland nur dann wieder zu seiner früheren Macht und Bedeutung kommen und seine Kulturmission erfüllen kann, wenn der Osten nicht mehr zerrissenes und sterbendes Land ist, seine Wirtschafts- wie seine Kultureinrichtungen vielmehr wieder gesund sind. Wer das „Ostland" verbreiten hilft, leistet uns in dieser wichtigen ostmärkischen und vaterländischen Aufgabe einen großen Dienst. Wir werden uns auch in Zukunft bemühen, allen berechtigten Wünschen gerecht zu werden und uns dadurch erkenntlich erweisen für jede Unterstützung unserer Bestrebungen und jede Hilfe in der Weiterverbreitung unseres ostmärkischen Kampf- und Heimatblattes, das jede ostmärkische Familie halten und als Waffe für die Mitwirkung im Kampf für unsere alte Heimat den Binnendeutschen gegenüber besitzen muß.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Nord. Weihnachtsfeier am 1. Januar 1933, nachm. 4 Uhr, in den Schönhauser Festsälen, Schönhauser Allee 129.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Potsdam und Umgegend hatte im großen Saale des Wirtshauses Sanssouci zum 12. Stiftungsfeste ihre getreue Gefolgschaft versammelt. Alle Mitglieder, soweit sie es nur irgendwie ermöglichen konnten, waren erschienen. Im reich geschmückten Festraume ein Gabentisch, von freundlichen Spendern gedeckt. An der Ehrentafel außer dem gesamten Vorstand die Vertreter der heimattreuen Verbände von Potsdam und Umgebung. Zum feierlichen Auftakt der Einmarsch der Fahnen. Dann Chorvorträge der Sängerschar des Ostbundes, deren treffliche Wirkung unter der bewährten Stabführung des Chorleiters, Herrn Schieferdecker wie immer höchster Anerkennung sich erfreuen durfte. Nach einem sinnvollen Vorspruch, durch die Vortragsgabe von Frl. Hilde Knispel und Frl. Irmgard Bernsdorf zur rechten Geltung gebracht, die Festansprache des 1. Vorsitzenden, Herrn Rektors Blum, über Aufgabe und Bedeutung der Ostbundarbeit. Der Erfolg der deutschen Ostarbeit habe zur notwendigsten Voraussetzung erhöhte Einigung auf nationaler Grundlage und lebendiges Verantwortungsbewußtsein. Noch gebe es keine so zündende Losung für die Wacht an der Weichsel, wie sie unser gesamtes Vaterland in der Volksweise der „Wacht am Rhein" aufzuweisen vermöge. Unser gesamtes Wirken müsse sich auf die beständige Treue zum Ostgedanken gründen. In diesem Sinne konnte anschließend der Festredner für eine zehnjährige treue Mitgliedschaft im Ostbund an eine Reihe von Teilnehmern die goldene Ostbundnadel verleihen. Deutschlandlied. Als Ehrengast übermittelte Herr Konrektor Vater-Berlin die Glückwünsche des Landesverbandes in einer die besonderen Leistungen der vorbildlich arbeitenden Ortsgruppe Potsdam und ihrer so hoch bewährten Führung nachdrücklich würdigenden Ansprache. Nach einem Hoch auf den jubilierenden Ostbund Potsdam vereinte sich die Versammlung zu einem allgemeinen Festgesang. Neue Chorweisen und zündende Märsche von altpreußischem Schwung, Ausmarsch der Fahnen. Der Vergnügungsausschuß hatte für eine reiche Ausgestaltung der weiteren Vortragsfolge in trefflicher Weise gesorgt. Zunächst ein von schauspielerisch begabten Kräften des Ostbundes wirkungsvoll aufgeführtes Lustspiel, dann eine richtige Vogelwiesen-Burleske, in der die spielgewandten Darsteller das sächsische Lokalkolorit gut wiederzugeben verstanden. Verdienter Beifall belohnte die Spielbeteiligten. Die unermüdlich tätige Musikkapelle konnte danach das Zeichen zum Tanz geben, der bis in die Morgenstunden andauerte.

Landesverband Ostmark.

Die **Ortsgruppe Frankfurt a. d. O.** (Verein heimattreuer deutscher Posener) hielt am 20. Dezember im Deutschen Heim ihre Monats-

versammlung mit kleiner Weihnachtsfeier ab. In seiner Begrüßungsansprache betonte der 1. Vorsitzende, Stadtrat Bartel, daß es uns infolge der schweren Zeit nicht möglich sei, Weihnachtsfeiern in dem Maße zu feiern wie früher. Nach Erledigung geschäftlicher Fragen und Aufnahme eines neuen Mitgliedes leitete Herr Pfarrer August die Feier ein. Auf den einzelnen Tischen brannten, vom Wirt des deutschen Heims aufgestellt, Kerzen. Die Weihnachtsgeschichte, erzählt vom Pfarrer August, und Weihnachtslieder wechselten miteinander ab. In seiner Ansprache wies Herr Pfarrer August darauf hin, daß es ohne Weihnachtsgeschichte und ohne Weihnachtslieder eine eigentliche Weihnachtsfeier nicht gäbe. Auch gehörten Weihnacht und Heimat zusammen. Weihnachten werde am liebsten zu Hause, in der Heimat gefeiert. Und so führte er uns auch in Gedanken in die alte verlorene Heimat, wo wir glückliche Weihnachten verleben konnten. Nach der Ansprache sang unsere Chorvereinigung zwei schöne Weihnachtslieder, und einige Damen und Herren spielten ein Theaterstück. Anschließend blieben die Landsleute noch gemütlich beisammen.

Ortsgruppe Müncheberg. Der Ostbundabend, den die Ortsgruppe in den dichtgefüllten Sälen des Zentralhotels veranstaltete, war ein voller Erfolg. Dr. Franz Lüdtke verstand es, mit überzeugenden Worten uns die tiefen Zusammenhänge zwischen „Ostlandschicksal“ und „Reichsschicksal“ aufzuzeigen. Vor 1000 Jahren sind Heinrich I., Otto I. und Markgraf Gero die Führer Deutschlands geworden, die das deutsche Volk zum Osten führten. Ostwärts verlagerte auch der große König Friedrich den Schwerpunkt seiner Politik und gewann Schlesien und Westpreußen. Bismarck verdanken wir neue Freiheit und Einheit. Der Niederbruch der Ostmark ist durch die deutsche Michelhaftigkeit mitverschuldet worden; die fränkischen Bamberger in Posen wurden unter den Augen der preußischen Regierung polonisiert. Als Folge des 9. November 1918 kam in der Provinz Posen der 27. Dezember mit den Ostlandkämpfen von 1919 bis 1921. Heute: wieder Ostland in Not! Polen betrachtet Ostpreußen, Danzig, Schlesien, die Oder mit Breslau, Frankfurt, Stettin, ja Brandenburg und Berlin als „unerlöstes polnisches Land“. Bis zur Elbe geht sein Wunsch, für dessen Erfüllung es ein Riesenheer, in modernster Kriegstechnik geschult, hat. Berlin ist nur zwei D-Zug-Stunden von Polens Grenze entfernt, von polnischen Giftgasgeschwadern in einer halben Flugstunde erreichbar. Polen militarisiert seine Frauen und die Jugend, und der Trinkspruch polnischer Offiziere heißt: „An die Oder!“ Oberst Baginski, Mitarbeiter Pilsudskis, fordert die Austilgung des Namens „Preußen“ von der Landkarte Europas. Eine Offiziersliga fordert, daß im Kriege mit Deutschland keine Gefangenen gemacht werden dürfen! — Daher unsere Forderung: Wehrhaftigkeit des Volkes, Aufhebung des Versailler „Unfriedensdiktats“, Rückgabe der geraubten Ostmark, Großdeutschland. Das neue Licht ersteht. Auch in Deutschland wird nach Not und Nacht das Licht neu geboren werden! Das erwachende Deutschland, die erstehende Volksgemeinschaft wird auch in dieser bitteren Zeit den Führer haben, der sein Volk zu neuem Aufbruch mitreißt, dem Osten, dem Sonnenaufgangsland, entgegen zu Leben, Licht und Zukunft! — Es folgte ein von Mitgliedern der Ortsgruppe sicher gespieltes, dreiaktiges Schauspiel „Die Grenze“ von Kaminski, das sich in dieser Ausführung, besonders durch die Träger der Hauptrollen, echte Bühnenwirksamkeit sichert. Mit überlegener Sicherheit formte Kurt Rathsmann-Eggersdorf die harte, eckige, aufrechte Persönlichkeit des deutschen Hofbesitzers an der polnischen Grenze, dem die mit Infamie gezogene neue Grenze äußere und seelische Verwicklungen bedeutet, deren Lösung erst mit dem Tode seiner Frau (von Frl. Fenner bestens verkörpert) besiegelt wird. Auch die andern Rollen (Herr Ernstmeyer-Eggersdorf als französischer Offizier, Herr W. Fenner als Freund des Gutsbesitzers, Herr Fries als polnischer Spion, Frl. Katins als Hausmädchen) waren in guten Händen, so daß das Spiel von bestem Erfolg gekrönt war. — Den Vorspruch des Abends sprach in sinnvoller Ausdeutung Frl. Schimmel. So war unserer Ortsgruppe und ihrem tatfrohen Vorsitzenden, Herrn Lehrer Bösler, der einleitend die stattlich besuchte Versammlung begrüßt hatte und dem die Einstudierung des Schauspiels zu danken ist, durch diesen Abend ein schöner Erfolg beschieden, der zu weiterer Arbeit anspornen wird.

Landesverband Ostpreußen.

Der Frauendienst der Ortsgruppe Königsberg i. Pr. veranstaltete am 13. Dezember in der Deutschen Ressource eine Advents- und Weihnachtsfeier, zu der auch die Mitglieder der Ortsgruppe mit ihren Angehörigen recht zahlreich erschienen waren. Im weihnachtlich geschmückten Saal waren u. a. die Wappen von 15 Städten unserer alten Heimat angebracht. In der Mitte des Saales war eine Tafel mit kleinem Weihnachtsbäumchen für die Kleinen der Gruppe (35 Knaben und Mädchen) aufgestellt. Frau Pfarrer Willigmann als Vorsitzende der Frauengruppe begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Vorsitzenden des Landesverbandes, Bürgermeister Dr. Ruprecht-Zinten. Die Feier begann mit einem gemeinsamen Gesang und der Aufführung eines Weihnachtsspieles. Die der gegenwärtigen Notzeit angepaßte Ansprache hielt der Vorsitzende der Ortsgruppe, Pfarrer Willigmann. Daran schlossen sich Gesangsvorträge von Frl. Frieda Minde (Sopran), am Klavier Frl. Edith Hill, und Frau Dr. Schröter (Alt) mit Gitarre, Tanzvorführungen von Frl. Juncker und Gesangsvorträge von Frl. Lina Böttcher, sowie abwechselnd gemeinsam gesungene Weihnachtslieder, begleitet von Frau Zickner (Klavier) und Herrn Zickner (Violine). Sämtliche Darbietungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Besondere Freude herrschte unter den Kindern, die mit Kaffee und Kuchen bewirtet und von Knecht Ruprecht mit bunten Weihnachtstüten beschenkt wurden. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Dr. Ruprecht, dankte, auch im Namen der Ortsgruppe, der Frauengruppe für alle Mühe und Arbeit, die zu der wohlgelungenen Feier geführt habe, insbesondere der stellvertretenden Vorsitzenden, Frl. Elfriede Dreßler, die auch hier wieder bei den Vorbereitungen unermüdlich gewirkt habe. Fräulein Dreßler dankte allen Mitgliedern und Gästen für ihr Erscheinen und den Mitwirkenden für die Darbietungen. Die Feier endete mit einem Tänzchen für die Erwachsenen.

Ortsgruppe Insterburg. Nach der Sommerpause nahm die Ortsgruppe im September ihre Winterarbeit auf. Der Vorsitzende, Herr Studienrat Grausch, berichtete zusammenfassend über die Veranstaltungen seit dem März. Die Märzversammlung stand im Zeichen der Ehrung von 7 Mitgliedern mit der Treunadel. Die Ansprache des Vorsitzenden wurde umrahmt von Liedern, gesungen von Frl. Ruth Alkewitz. Familie Fritze stiftete ein selbstgesticktes Tischbanner. — In der Aprilversammlung wurden ostmärkische Fragen besprochen. — In den Sommermonaten fanden mehrere Ausflüge in die schöne Umgebung Insterburgs statt. — Am 5. November feierte die Ortsgruppe ihr 10jähriges Stiftungsfest im Innungshaus, das für die große Anzahl der Besucher (rund 200) fast zu klein war. Mit ihm verbunden wurde eine ostmärkische Kundgebung, zu der die Behörden, die Presse, die benachbarten Ortsgruppen und die landsmannschaftlichen Vereine zahlreich erschienen waren. Das Präsidium hatte ein Glückwunschschreiben geschickt. An Stelle des leider verhinderten Landesverbandsvorsitzenden Dr. Ruprecht überbrachte Herr Landessekretär i. R. Preiß vom Landesverbandsvorstand die Glückwünsche des Landesverbandes. Nach einem einleitenden Lied „Heimweh“, gesungen von Frl. Ruth Alkewitz, hielt der 1. Vorsitzende, Herr Studienrat Grausch, die Begrüßungsansprache. Es folgte die Verlesung der zahlreich eingegangenen schriftlichen Glückwünsche der Ortsgruppen Ostpreußens und anderer Insterburger Vereine und eine Anzahl Glückwunschreden der anwesenden Vereinigungen usw. Hierauf brachte der Sängerverein Insterburg zwei Lieder zu Gehör. Die Festansprache des 1. Vorsitzenden, die von tiefer Heimatliebe getragen war, klang in der Hoffnung aus, daß trotz allem für die verlorene deutsche Ostmark auch wieder die Zeit kommen werde, mit dem Heimatlande verbunden zu werden. Nach weiteren Darbietungen des Sängervereins sprach Herr Pfarrer Lüders Worte der Anerkennung für den Kampf des Deutschen Ostbundes um die verlorene Heimat. Frl. Alkewitz sang darauf drei heitere Lieder. Den Schluß der offiziellen Feier bildeten Volkstänze, getanzt von den Sekundanerinnen des Hindenburg-Oberlyzeums. — Am 17. Dezember hielt die Ortsgruppe in ihrem Vereinslokal „Hütte“, die von Frau Pallokat sinnig ausgeschmückt war, eine Adventsfeier ab. Im Mittelpunkt der Feier stand die Ansprache von Herrn Pfarrer Rathke, der, aus dem abgetretenen Gebiete stammend, zu Herzen gehende Worte für die unvergessene Heimat fand und die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder in dem Glauben an die Zukunft der deutschen Ostmark stärkte. Umrahmt wurde die Feier durch mehrere Weihnachtslieder, die Frl. Alkewitz stimmungsvoll mit großem Erfolge vortrug.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Frauengruppe Halle I. Eine eindrucksvolle Advents-Feier beging am 7. Dezember im festlich geschmückten Saal des „Hofjäger“ der Frauendienst. Fast konnte der große Saal nicht alle Gäste fassen. Ein reichhaltiges Programm wurde geboten. Die Feier leiteten die Herren Wessalowski mit weihnachtlicher Musik ein. Einem gemeinsamen Gesang und einem von Frau Marie Glockmann verfaßten, von der Schriftführerin Frau Lucie Arend vorgetragenen Vorspruch folgten die Begrüßungsworte der 1. Vorsitzenden, Frau Helene Schilling, die über die Bedeutung der Adventszeit sprach, der lieben Landsleute im entrissenen Osten gedachte. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe I, Herr Lehrer Steinicke, zollte in seiner Ansprache der Tätigkeit der Frauengruppe volle Anerkennung. Ihm sowie der 1. Vorsitzenden spendete man reichen Beifall. Einen großen Genuß boten die Gesangsvorträge von Frl. Schlanstedt, die mit guter Stimme die Weihnachtslegende von M. Frey und das altdeutsche Marienlied sang, und der unter allgemeinem Beifall eine Blumengabe durch die 2. Vorsitzende, Frau Lena Donner, überreicht wurde. Die Gesangsabteilung der Ortsgruppe trug unter Leitung ihres Dirigenten stud theol. Otto zur Verschönerung des Abends wesentlich bei. Als Glanzleistung der Kinder, die auch ihr Bestes boten, wurde ein Theaterstück „Unter strahlendem Adventskranz“ aufgeführt. Auch Frl. Schlanstedt bot einige sehr nette Sachen zur Unterhaltung. Als besondere Überraschung des Abends trat eine blonde jugendliche Tänzerin auf. Eine Verlosung, deren Gewinne zum Teil von hiesigen Geschäftsleuten und Mitgliedern der Gruppe gestiftet worden waren, brachte großen Erfolg. Der Ertrag kommt restlos armen und arbeitslosen Ostmärkern, die zum Weihnachtsfest mit Paketen bedacht wurden, zugute. Den Abschluß des Abends bildeten die Dankesworte der 1. Vorsitzenden mit dem aufrichtigen Wunsch für ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

Ortsgruppe Sangerhausen. Im stimmungsvoll-adventlich geschmückten Saale der „Kaiserin Augusta“ fanden sich am 4. Dezember

neben den Mitgliedern der Ortsgruppe zahlreiche geladene Gäste zusammen. Die Veranstaltung, die zugleich als Werbeabend gedacht war, wurde mit dem „Deutschmeistermarsch“, von Jugendlichen unserer Ortsgruppe auf Klavier und Geigen trefflich vorgetragen, eröffnet. Der Vorsitzende, Rektor **Kutzner**, begrüßte vor allem den Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. **Liman**, die Schulräte Herren **Thormann** und **Westphal**, Herrn Stadtrat **Hündorf**, Herrn Gymnasialdirektor Dr. **Holtorf**, ferner die Vertreter des **Vereins für das Deutschtum im Auslande** und des **Jungdeutschen Ordens** sowie die Vertreter der Presse. Herr Dr. **Liman** sprach über das Thema: „Der Feind im Osten.“ In psychologisch vertiefter Weise zeichnete er den Charakter des Polen als eines Volkes, das unmöglich die ihm vom Feindbund zugesprochene Aufgabe eines Kulturhüters im Osten erfüllen könne. Bigotterie, Streitsucht, leichte Entflammbarkeit, Kriegslust und vor allem Haß und nochmals Haß gegen alles Deutsche, das seien die vor allem zutage tretenden Züge der polnischen Volksseele. In Auswirkung solcher Eigenschaften betreibt der Pole in blindestem Eifer und Fanatismus den Vernichtungskampf gegen das Deutschtum. Als Parallele zeigte der Redner die Einstellung der deutschen Regierung gegen die Polen in Deutschland, insbesondere die Behandlung der polnischen Minderheitenschulen. Den von seiten der Deutschen den Polen gegenüber geübten Gerechtigkeitssinn brachte der Vortrag dadurch zum Ausdruck, daß ein Einzelfall, wo den Polen eine Leistung zuerkannt werden müsse, wie z. B. auf dem Gebiete der Musik, solche Anerkennung rückhaltslos ausgesprochen werde. Der tiefe Eindruck, welchen der Vortrag des verehrten Führers des Landesverbandes hinterließ, fand in Dankesworten des Vorsitzenden seine Zusammenfassung. Das Gedicht „Heimattreue“ von Nowinski beschloß den ersten Teil der Veranstaltung. — Weihnachtsmusik, zwei- und vierhändig mit Geigenbegleitung vorgetragen, Dahns Dichtung: „Die Mette von Marienburg“, das „Deutsche Gebet“ von Freiherrn v. Hünefeld, gemeinsam gesungene Weihnachtslieder gaben dem zweiten Teile die harmonische Gestaltung.

Landesverband Hessen-Nassau-Süddeutschland.

Ortsgruppe Darmstadt. Über das Thema „Die deutsche Schulfrage in Polen“ sprach in äußerst fesselnder Weise der Jahrzehnte im verlorenen deutschen Osten tätig gewesene Frankfurter Schulrat **Weißenstein** im Rahmen eines von der Darmstädter Ortsgruppe im Mozartsaal veranstalteten Abends. Schulrat Weißenstein zeichnete das Problem der „Schule als Politikum“ auch in rückschauender Betrachtung der preußischen Schulpolitik im gemischtsprachigen Gebiet und verweilte eingehend bei dem neu geschaffenen Minderheitenrecht. Die Ausführungen des Redners fußten gleichermaßen auf persönlicher Erfahrung wie auf weitreichendem Sachwissen und enthielten auch gesunde Kritik gegenüber dem Vergangenen. Diese unbedingte Sachlichkeit gab aber der Aufdeckung der polnischen Vergewaltigungsmethoden in Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien die überzeugende und aufrüttelnde Wirkung. Die eindrucksvolle Wiedergabe des Gedichtes „Deutschland und die Welt“ von Ernst von Wildenbruch durch **Walter Lehmann** hatte zu dem Vortrag übergeleitet. In seinen begrüßenden und abschließenden Worten wies das Vorstandsmitglied **Otto Lehmann** auf die Verpflichtungen hin, die den Ostfragen gegenüber für Gesamtdeutschland bestehen.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Die **Ortsgruppe Essen** beging am 11. Dezember im „Baumhof“ an der Baumstraße ihr diesjähriges Weihnachtsfest. Der Weihnachtsmann brachte den Kindern reiche Tüten; die Feier wurde durch die meisterhaften Vorträge des Gesangsquartetts des Landesverbandes verschönt. Gemeinsame Weihnachtslieder und von den Kindern vorgetragene Gedichte schufen rechte Weihnachtsstimmung. Der Vorsitzende, Herr Willy **Kaschik**, begrüßte die Erschienenen und unter großem Beifall der Versammlung den ehem. Landesverbandsvorsitzenden, Herrn W. **Topp**, Wanne-Eickel. Dieser wies in der Festansprache darauf hin, daß das Weihnachtsfest das Fest der Liebe und Versöhnung sei. Es sei den vertriebenen Ostmärkern dadurch so teuer, da es sie besonders an ihre verlorene Heimat erinnere. Die Ostmärker seien gewillt, sich einzugliedern in die große Front aller guten Deutschen, welche ohne Ansehen der Partei, des Standes und des Glaubens für die Befreiung Deutschlands kämpfe. Am Schluß der Feier konnte der Vorsitzende eine große Anzahl von Mitgliedern, welche bereits zehn Jahre in der Ortsgruppe Essen für den Ostbundgedanken kämpfen, mit der Treunadel bedenken. Nach Beendigung des offiziellen Teiles blieben groß und klein noch einige Stunden in froher Gemeinschaft beisammen.

Ortsgruppe Oberhausen. In vorbildlicher Weise hat die Frauengruppe Zeugnis echt christlicher Nächstenliebe gegeben. Seit Monaten war sie damit beschäftigt, den Kindern und alten Frauen der Gruppe durch ihrer Hände Arbeit eine Weihnachtsgabe herzustellen. Großes Verständnis für die Not der Zeit und Liebe zu der Jugend des Ostbundes waren erforderlich, für die 110 Kinder des Bundes diese große Anzahl nützlicher und praktischer Geschenke herzustellen. Kleidchen, Hemden, Schürzen, Taschentücher, Kissen u. a. m. mit schönen Stickereien verziert. Auch die Kleinsten haben durch selbstverfertigte Arbeiten wie Lampen, Truhen, Vorlagen, welche auf der Weihnachtsfeier zur Verlosung kommen, ihre Dankbarkeit bekundet.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Geheimer Konsistorialrat Gerhard Haenisch †.

Am Abend des 2. Weihnachtsfeiertages starb im Posener Diakonissenhause nach kurzer, schwerer Krankheit der Geh. Konsistorialrat Hofprediger **Gerhard Haenisch** in Posen (Sw. Jozefa), Pfarrer an der Petrikirche, Senior der Evangelischen Unität, im Alter von 68 Jahren. Seit 1911 war er Mitglied des Konsistoriums der Unierten Evang. Kirche in Posen. Namens des letzteren widmete ihm Generalsuperintendent D. **Blau** im „Pos. Tgbl.“ einen Nachruf, in dem es heißt: „Ein echter Jünger Jesu, dessen ganzes Wesen geheiligt war durch Gottes Wort und Gebet, ein Mann des Friedens, ein lauterer Charakter ohne Falsch, ein Prediger des Evangeliums und Seelsorger von Gottes Gnaden, so stand er unter uns mit seiner milden, stets ausgleichenden Art, von uns allen hoch verehrt, als Mitarbeiter an dem uns befohlenen Werk und nun aufrichtig und herzlich betrauert. Sein Andenken wird uns vergessen sein.“ 18 Jahre hindurch hat der Verstorbene dem Kuratorium der Evang. Diakonissenanstalt angehört. Lange Zeit war er auch Leiter der Frauenhilfe von St. Petri. In diesen und in sonstigen Ehrenämtern hat er ebenso wie in seinem Seelsorgerberuf unendlich viel Gutes gewirkt und sich große Verdienste nicht nur um die evangelische Bevölkerung Posens, sondern um das gesamte Deutschtum im abgetretenen Gebiet erworben. Sein mildes, gutes Wesen und lauterer Charakter bewirkten, daß er nur Freunde hatte. Seit vielen Jahren hat er nicht nur an den evangelischen Kranken des Diakonissenhauses, sondern auch des Stadtkrankenhauses die Seelsorge ausgeübt. Leiter der Evang. Unität war er 20 Jahre lang. Nach altem Brauch gebührt dem Senior der Unität der Titel Bischof. Der Verstorbene hat es dem „Pos. Tgbl.“ zufolge in seiner großen Schlichtheit und Bescheidenheit aber immer abgelehnt, diesen Titel zu führen. Haenisch hat sich der Missionsarbeit besonders angenommen und wurde infolgedessen zum Vorsitzenden der Posener Missionskonferenz gewählt, so daß er viele Posener Missionsveranstaltungen leitete. Auch in den Kreisen der Posener Verdrängten wird sein Ableben weithin tiefe Teilnahme erwecken. Haenisch war als Sohn eines Justizrats am 9. Juli 1864 in Kolberg geboren. Als Geistlicher war er von 1907 an einige Jahre an der evang.-reformierten Hofkirche in Breslau tätig; wo ihm 1908 der Hofpredigertitel verliehen wurde. Nach Posen wurde er als Nachfolger des Geh. Konsistorialrats **Albertz**, als dieser in den Ruhestand trat, an die Petrikirche und in das Konsistorium berufen. 1912 wurde er von den Gemeinden und Pastoren der Unität zu ihrem Senior gewählt. Als 1927 der ehrenvolle Ruf an ihn erging, das Amt eines Landessuperintendenten der evang.-reformierten Landeskirche zu übernehmen, lehnte er ab, um seinen Ämtern in Posen die Treue zu halten. Am 4. Mai 1930 konnte er das 40jährige Amtsjubiläum begehen. Seit 1898 war er verheiratet mit Meta, geb. Fürstenstein, aus Skrzytno, Krs. Pleschen. Von seinen beiden Kindern ist eine Tochter mit Pfarrer Martin Schink in Friedenshorst verheiratet, während sein Sohn Ingenieur geworden ist. Die Leiche wird in Kolberg beigesetzt.

Generalleutnant Höfer 70 Jahre alt.

Der Verteidiger Oberschlesiens in den polnischen Aufständen, Generalleutnant **Höfer**, der „einarmige General“, beging am 29. Dezember seinen 70. Geburtstag. Höfer, ein gebürtiger Oberschlesier, führte im Kriege die 117. Infanterie-Brigade. Der Heeresbericht erwähnte öfters, daß er seine Truppen selbst zum Sturme führte. Im Mai 1921 wählten ihn die deutschen Selbstschutzformationen in O.-S. zu ihrem Führer. Von seinem Hauptquartier Ober-Glogau leitete er die Kämpfe gegen die zahlenmäßig überlegenen Polen. Am 21. Mai gelang es ihm, den Sturm auf den Annaberg siegreich durchzuführen. Leider zwang ihn bald darauf eine Forderung der Interalliierten Oberschlesien-Kommission seinen Freischaren Halt zu gebieten. Alle ehemaligen Untergebenen bringen dem General noch heute begeisterte Verehrung entgegen.

Landrat von Maibom Ehrenbürger von Meseritz.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Meseritz haben beschlossen, den am 15. Januar 1933 von Meseritz scheidenden Landrat **von Meibom**, der bekanntlich mit Wirkung von diesem Tage zum Oberpräsidenten der Grenzmark Posen-Westpreußen ernannt worden ist, wegen seiner besonderen Verdienste um die Entwicklung der Kreisstadt Meseritz in den 18 Jahren seiner Tätigkeit Name von Meibom wird mit der Geschichte der Stadt Meseritz in der Zeit des Weltkrieges, des polnischen Aufstandes und der Notjahre nach dem Versailler Vertrag unauslöschlich verbunden sein.

Prof. Hans Poelzig Direktor der Berliner Kunsthochschule.

Nachdem Professor Bruno **Paul** von der Leitung der Vereinigten Staats-Kunstschulen in Berlin zurückgetreten ist, hat das Kultusministerium auf Vorschlag der Akademie der Künste den Professor an der Berliner Technischen Hochschule und Vorsteher einer Meisterklasse für Architektur **Hans Poelzig**, früher Breslau, Erbauer des oberschlesischen Turmes in Posen, der auch das Große Schauspielhaus in Berlin umgebaut und viele andere hervorragende Neubauten im Reiche geschaffen hat, zunächst kommissarisch mit der Leitung der Berliner Kunsthochschule betraut.

Landgerichtsdirektor Sello 60 Jahre alt.

Am 24. Dezember konnte Landgerichtsdirektor Sello in Berlin seinen 60. Geburtstag begehen. Arthur Sello entstammt einer alten Berliner Familie, und war bis 1914 als Richter in Posen tätig. Sello hat sich in Posen, neben seinem richterlichen Berufe, gemeinsam mit dem damaligen Direktorial-Assistenten am Kaiser-Friedrich-Museum in Posen, dem jetzigen Museums-Direktor in Darmstadt, Prof. Dr. Georg Haupt, in Wort und Schrift eifrig der Gartenstadt-Bewegung gewidmet. Seine Veröffentlichungen auf diesem Gebiete gehörten zu den bedeutsamsten Arbeiten, die in Fachkreisen ungeteilte Anerkennung fanden. Auch als Anhänger der Damaschkeschen Bodenreform trat er vielfach hervor. Nach dem Weltkrieg, an dem er teilgenommen hat, wurde er 1919, als Posen polnisch wurde, verdrängt und kehrte nach Berlin zurück, das er seither nur für eine kurze auswärtige Dienstzeit verlassen hat. Er arbeitete am Kammergericht und wurde nach der Gründung des Arbeitsgerichts Vorsitzender des Landesarbeitsgerichts, wohin ihn seine Neigung und sein Spezialinteresse für Arbeitsrecht führten.

Balduin Herrmann †.

Der Senior der Danziger Journalisten und frühere liberale preußische Landtagsabgeordnete, Chefredakteur Dr. Balduin Herrmann, ist am 20. Dezember im Alter von 76 Jahren gestorben. Balduin Herrmann wurde am 24. Juni 1856 in Köckritzsch in Thüringen geboren, studierte in Jena und Halle, wurde 1881 Privatsekretär des führenden liberalen Abgeordneten Lasker und später des liberalen Abgeordneten Heinrich Rickert. Dieser übertrug ihm am 1. Oktober 1883 die politische Redaktion der liberalen „Danziger Zeitung", die er 36 Jahre hindurch bis zu seinem 1919 erfolgten Übertritt in den Ruhestand innehatte. Von 1913 bis 1919 war er als liberaler Abgeordneter Mitglied des Preußischen Landtages. Der Danziger Stadtverordnetenversammlung gehörte er von 1893 bis 1927 an.

Ein alter märkischer Journalist gestorben.

In Cottbus, wo er die letzten Monate seines arbeitsreichen Lebens verbrachte, verstarb der frühere Chefredakteur der konservativen „Frankfurter Post" und der späteren „Brandenburgischen Landeszeitung", Johann Budich, im 78. Lebensjahre. Über zehn Jahre hat er zuletzt noch die Gerichts- und Lokalberichterstattung der Oder-Zeitung betreut. Als Besitzer der Grunower Mühle bei Lagow hatte er auch dem Oststernberger Kreistag angehört.

*

Sein 40jähriges Amtsjubiläum beging Gustaf Adolf Gramse in Orchheim, Krs. Mogilno. 1885—1902 Pfarrer in Schidlowitz; am 18. Februar 1864 in Pruszkowo, Krs. Obornik, als Sohn eines Lehrers geboren; verheiratet mit Ida, geb. Stein, aus Gollantsch; 6 Kinder; einer der drei Söhne im Weltkriege gefallen.

Geboren: Eine Tochter Hans von Treskow Freiherr von Rosen, Nietuszkowo, Krs. Kolmar.

Verlobt: Frl. Gertrud Bunk, Schwarzwald, Krs. Ostrowo, mit Herrn Günther Ullrich aus Kattowitz; Frl. Gretel Zellner mit Herrn Alfons Soschinski in Schwersenz; Frl. Roma Stephan mit Herrn Helmut Ostwaldt, Obra; Frl. Charlotte Forchmann in Breslau mit Herrn Waldemar Bender in Jarotschin; Frl. Gertrud Holtz in Neuruppin mit Herrn Predigtamtskandidaten Hermann Gaedicke in Frankfurt a. O.; Frl. Margarete Weihrauch mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Heinrich Benda in Frankfurt a. O.; Frl. Edith Swoboda, Kassel, Hartwigstr. 27, früher Stargardt (Westpr.), mit Herrn Leonhard Ravior, Harleshausen; Frl. Organistin Edith Hill, Tochter des Landesamtmanns Karl Hill in Königsberg-Pr., Beethovenstr. 41, früher Posen, mit Bankbeamten Kurt Scherhans; Willi Winter in Koschmin mit Frl. Martha Schlaak in Kaczmirowo; Reinhardt Lemke in Essen mit Frl. Herta Gembitzki, Liping (Posen).

Silberne Hochzeit: Landwirt Wilhelm Ewersmayer in Hagenau (Wisniewko) bei Wongrowitz mit seiner Ehefrau Minna, geb. Adam, am 9. 12.

Goldene Hochzeit: Lehrer i. R. Fr. Dittloff mit seiner Ehefrau Clara, geb. Winkler, in Elbing, früher Schleusenau-Bromberg, am 29. 12., der 80jährige Altsitzer Friedrich Heise in Neugrund (Miaczyniek) bei Schokken mit seiner 76jährigen Ehefrau Ernestine, geb. Hoffmann; der Landwirt Heinrich Tholen und seine Ehefrau Anna, geb. Schohaus, in Koschmin am 10. 12., zugleich mit der grünen Hochzeit ihrer Tochter Anna mit dem Landwirt Otto Redlich aus Burkowice (der heute 77jährige Tholen schloß den Ehebund mit seiner 69jährigen Ehefrau vor 50 Jahren in Bippen [Hannover] und wanderte vor 26 Jahren mit vier anderen dortigen Familien nach der Provinz Posen ab).

Diamantene Hochzeit: Das Schlossermeister Erdmannsche Ehepaar in Mroschen am 12. 12. (E. ist 91, seine Frau 89 Jahre alt; E. war zu deutscher Zeit lange Zeit Stadtverordneter).

Bejahrte Ostmärker: Frau Anna Beusch, früher Pinne, jetzt Frankfurt a. O., Berliner Str. 23, am 23 12. 76 J.; Oberpostschaffner i. R. Rudolf Meister in Berlin-Wittenau, Lindenweg 5, früher Schubin, am 19. 12. 72 J.; Hausbesitzer Julius Baehr, Berlin N 58, Hochmeisterstr. 5, am 17. 12. 69 J. (nicht wie im „Ostland" Nr. 51 angegeben 72 J.).

Gestorben: Landwirt August Knoblauch in Nettschütz (Gemeindevertreter der evangelischen Kirchengemeinde Hallkirch) am 12. 12.; Landwirt Reinhold Weiland in Rogasen am 23. 12., 70 J.; Kanzleisekretär i. R. Friedrich Raember, Kassel, Kirchditmold, Teichstr. 35, früher Posen, am 21. 12., 88 J. (Mitkämpfer von 1866, 1870/71); Hegemeister i. R. Johann Arlt in Mittersheim/Lothr., geb. 9. 12. 1845 in Karpitzko, Prov. Posen (er hatte beim 5. Jäger-Batl. in Görlitz gedient), am 14. 12., 87 J.; Frau Albertine Scholz, geb. Obst, Ehefrau des Lokomotivführers i. R. Gustav Scholz, früher Lissa i. Pos., Bismarckstr. 4, jetzt bei der Tochter, Frau Lehrer Zimmer, in Hirschberg-Cunnersdorf i. Rsgb., Friedrichstr. 6, am 25. 12., 82 J.; Pfarrer i. R. Dr. h. c. D. Paul Billerbeck, Frankfurt a. O., der durch seinen Kommentar zum neuen Testament aus Talmud und Midrasch unter den Theologen der ganzen Welt bekanntgeworden ist, am 23. 12., 80 J. (B. war Ehrendoktor der theologischen Fakultät in Greifswald und der philosophischen Fakultät in Königsberg i. Pr. sowie Ehrenbürger seiner Vaterstadt Bad Schönfließ N.-M.; als Geistlicher war er in Zielenzig und Heinersdorf, Krs. Oststernberg, bis 1915 tätig); Frau Therese Jenner, Berlin, früher Posen, am 14. 12., 68 J. (Frau J. war die Witwe des in der Provinz Posen früher sehr bekannten Generalagenten Adolf Jenner, Posen, der seiner Gattin von 3½ Jahren im Tod vorangegangen ist).

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen.

Schwerin. Der beim Rittergutsbesitzer von Schlüter in Schweinert tätige 62jährige Privatförster Runge wurde auf einem Hochsitz tot aufgefunden. Runge muß kurz vor seinem Tode noch einen Schuß abgegeben haben, denn nicht weit von ihm lag ein erlegter Hirsch. Die Aufregung und die Freude über den guten Schuß haben bei dem alten Waidmann wohl den Herzschlag herbeigeführt.

Tirschtiegel. Der Erste Strafsenat des Kammergerichts in Berlin verurteilte wegen Verrats militärischer Geheimnisse den Arbeiter Fritz Greczkowiak zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust und den Korbmacher Jurasch zu vier Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust. Die beiden Angeklagten, die in Tirschtiegel wohnen, hatten in der dicht an der Grenze gelegenen Wohnung des Greczkowiak des öfteren Zusammenkünfte mit polnischen Agenten gehabt, denen sie geheim zu haltendes Material über die Landesverteidigung zugänglich machten. Um solche Zusammenkünfte für die Zukunft zu erschweren, ist die Familie des Greczkowiak auf Veranlassung der Stadtverwaltung aus der Wohnung in der Grenznähe ausquartiert und im Innern der Stadt untergebracht worden.

Zielenzig. In Gleißen wurde ein SS.-Mann aus Königswalde namens Paul Kirchner von etwa 20 politisch Andersdenkenden überfallen und schwer verletzt.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Lissa. Dem Geschäftsführer Weyrauch des „Lissaer Tageblattes" in Lissa sowie dem Rittergutsbesitzer Baron von Leesen in Retschke (Krs. Lissa) ist behördlicherseits ohne Angabe von Gründen die Benutzung ihrer Funkgeräte verboten worden. Gegen diese Maßnahme wurde bei dem zuständigen Warschauer Ministerium Beschwerde geführt, die jedoch abschlägig beschieden wurde. Die genannten zwei Deutschen dürfen somit nicht Rundfunk hören, ein Fall, der wohl einzig dasteht.

Posen. Vor dem Posener Militärgericht hatten sich mehrere Soldaten wegen kommunistischer Agitation im polnischen Heere zu verantworten. Es wurde ihnen nachgewiesen, daß sie monatelang große Mengen von Flugblättern der Kommunisten in den Kasernen zur Verteilung gebracht hätten. Der Unteroffizier Streichman wurde zu 7 Jahren Gefängnis, die Soldaten Kac zu 3 Jahren und 3 Monaten, Majdanski zu 3½ Jahren und Sokolowski zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Ferner wurden alle vier aus dem Heere ausgestoßen und Streichman degradiert.

Aus Westpreußen.

Thorn. Eine größere Anzahl von Thorner Hausbesitzern, in erster Linie Deutsche, erhielten eine Vorladung der Burgstarostei (Polizeipräsidium) in einem Verwaltungsstrafverfahren wegen Nichtbeflaggung der Häuser am polnischen Unabhängigkeitstage, dem 11. November. Der Thorner Stadtpräsident (Oberbürgermeister) hatte einige Tage vor dem Unabhängigkeitstage an alle Hausbesitzer das Ersuchen gerichtet, ihre Häuser zu schmücken und zu beflaggen. Da der 11. November für alle Deutschen gewiß kein Festtag ist, sondern ein Tag tiefster Trauer, waren die deutschen Hausbesitzer diesem Ersuchen nicht gefolgt, daneben aber auch zahlreiche Polen. Das Ersuchen des Oberbürgermeisters ist keine gesetzliche Anordnung und kann niemals eine Bestrafung nach sich ziehen, wenn auch nur die elementarsten Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit gewahrt werden. Aber auch wenn tatsächlich eine gesetzliche Anordnung vorgelegen hätte, so wäre diese Anordnung verfassungswidrig gewesen und ihre Aufhebung hätte beim Obersten Gericht in Warschau erzielt werden können.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin W. 30, Motzstraße 22 (Fernruf B 5 Barbarossa 9061). — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68.